



MEIN NACHBAR IST DOCH KEIN NAZI!?

11-16 Uhr
22.6.2013
Crawinkel

MOBIT-Fachtag zum und im ländlichen Raum

MOBILE BERATUNG IN THÜRINGEN.
FÜR DEMOKRATIE –
GEGEN RECHTSEXTREMISMUS



GEGEN RECHTSEXTREMISMUS
FÜR DEMOKRATIE –
MOBILE BERATUNG IN THÜRINGEN



Textsammlung zum MOBIT-Fachtag „Mein Nachbar ist doch kein Nazi!“

Inhalt

Vorwort	03
Martin Vesley: Neonazis als Immobilienbesitzer_innen: Widerstand im ländlichen Raum am Beispiel des Engagements gegen den neonazistischen Konzertveranstalter Oliver Malina in Groß Germersleben (Sachsen-Anhalt)	07
Abel Deuring, Harald Kuhlmann, Jürgen Kusche und Inge Wienecke: Das erfolgreiche Vorgehen gegen das „Collegium Humanum“ (CH) in Vlotho	11
Christopher Vogel: „Nazis unter der Dorflinde!“ – Umgang mit der Präsenz im ländlichen Raum	16
Pedro Valdivielso: Alternativen zu den Klassikern: kreative Aktionsformen im ländlichen Raum	21
Susanne Theilmann: Mitstreiter_innen gesucht! – Ressourcen im ländlichen Raum	26
Cornelia Neumann: „Hakenkreuze in der Bastelstunde“ – Herausforderungen in Kindertagesstätte und Schule	31
Steffen Dittes: Nutzung untersagt. Mit Paragrafen Zeichen setzen.	35
Martin Vesely: Neonazis und Bürger_innen Hand in Hand: zum gemeinsamen Protest von Bürger_innen und Neonazis gegen ehemals sicherungsverwahrte Sexualstraftäter	38

Vorwort

von Petra Pawelskus (MOBIT e.V.)

Im Juli 2012 organisierte MOBIT e.V. eine Bustour mit Vertreter_innen aus Politik, Verwaltung, Medien, Justiz und zahlreichen Engagierten aus Initiativen und Bündnissen gegen rechts. Auf dieser Informationstour stand die Sensibilisierung für Immobilien, die sich im Besitz der Thüringer extremen Rechten befinden oder von ihren Vertreter_innen scheinbar problemlos genutzt werden, im Mittelpunkt. Die Bedeutung dieser Rückzugsorte als sich entwickelnde Kristallisationspunkte der regionalen und überregionalen Neonaziszene sind in der MOBIT-Broschüre „Nach den rechten Häusern sehen“¹ dargestellt.

Die Immobilien befinden sich überwiegend in ländlichen Regionen. Die extrem rechte Szene vermutet hier wenig bis keinen zivilgesellschaftlichen Widerstand gegen ihr menschenverachtendes Treiben. Dieser Erwartung treten verschiedene Bündnisse und Initiativen in Thüringen seit Jahren entschieden entgegen.

Im Gegensatz zu städtischen Ballungszentren ist im ländlichen Raum für zivilgesellschaftliches Engagement keine Anonymität gegeben. Hier kann den Neonazis kaum ausgewichen werden, womit alltägliche Begegnungen die Lebensqualität der Dorfbewohner_innen direkt negativ beeinflussen. Im ländlichen Raum ist auch die Frage schwieriger zu beantworten, wie den einheimischen Jugendlichen aus dem Ort zu begegnen ist, wenn sich diese der extrem rechten Ideologie annähern und möglicherweise an Aktivitäten der Neonazis vor Ort teilnehmen. Eine offene, deutliche Positionierung gegenüber der extrem rechten Ideologie scheint in einer kleinen Gemeinde ungleich schwerer – eben weil man sich kennt.

Differenzen in der Wahrnehmung und im Problembewusstsein hinsichtlich der menschenverachtenden Positionen können Konflikte innerhalb der Dorfgemeinschaft zur Folge haben. Eine fehlende gemeinsame Haltung gegenüber der extrem rechten Ideologie verbuchen Neonazis gerade in einer kleinen Gemeinde nicht nur als einen Anerkennungsgewinn für sich. Vielmehr beeinträchtigt dies zugleich das soziale und demokratische Miteinander der Bewohner_innen enorm. Dennoch leisten eine Vielzahl von Thüringer Bündnissen und Initiativen gegen rechts – oft seit mehreren Jahren –

Aufklärungs- und Sensibilisierungsarbeit. Allerdings stößt ein Engagement, das ausschließlich durch regionale Bürger_innenbündnisse realisiert wird, hinsichtlich eines wirkungsvollen Widerstandes gegen die extreme Rechte unweigerlich an seine Grenzen. Erfolgversprechend ist deshalb vor allem ein Zusammenwirken zivilgesellschaftlicher Gruppen und Akteur_innen, regionaler und überregionaler Politik sowie Verwaltung.

An diese Erkenntnis anknüpfend beinhaltete der **MOBIT-Fachtag 2013 „Mein Nachbar ist doch kein Nazi?!“** das Darstellen, Erarbeiten und die Diskussion von ineinander verzahnten Handlungsoptionen und -strategien in Bezug auf neonazistische Aktivitäten im ländlichen Raum.

Zu Beginn des Fachtages berichteten Engagierte aus Nordrhein Westfalen und Sachsen-Anhalt über den jeweiligen Umgang mit **Neonazis als Schloss-und Gutsherren** in ihren Kommunen.

Aus aktuellem Anlass schilderte **Martin Vesely** den Verlauf des Widerstandes der kleinen Gemeinde Groß Germersleben (Sachsen-Anhalt) gegen den (beabsichtigten) Kauf eines Barockschlosses durch einen neonazistischen Konzertveranstalter. Schnell formierte sich eine Bürgerinitiative, die durch ihre Gegenwehr einen entscheidenden Anteil an der Verhinderung eines für Mai 2013 angekündigten Konzertes auf dem Schlossgelände hatte. Schließlich aber konnte das Gelände samt Gebäuden mit einigen Verzögerungen trotz des Widerstandes der Dorfbewohner_innen im August 2013 durch den Neonazi erworben werden.

Einen direkten Bezug zu Thüringen stellten die Vertreter_innen des **„Vlothoer Bündnis gegen das Collegium Humanum“** (NRW) her. Sie beschrieben den erfolgreichen und gemeinsamen Kampf gegen den geschichtsrevisionistisch agierenden Verein „Collegium Humanum“, deren Akteur_innen bis zum Verbot 2008 wiederholt auch in Thüringen aktiv wurden. Einige damals aktive und zum Teil mehrfach verurteilte Holocaustleugner_innen sind heute im Verein „Gedächtnisstätte“ organisiert, der im September 2011 ein ehemaliges Rittergut im thüringischen Gutmannshausen kaufte. Der Verein veranstaltet seither regelmäßig Seminarwochenenden in dem rund 1.000qm großen Herrenhaus.

Nach diesen Beiträgen konnten die Teilnehmenden aus sechs parallel stattfindenden Workshops auswählen:

Im ersten Workshop schilderte **Leana Pfarr** vom Bündnis **„Glinde stellt sich quer!“** (Schleswig-Holstein) eindrucksvoll, auf welche Weise die Engagierten vor Ort eine

intensive und ausdauernde Öffentlichkeitsarbeit mit Blick auf ein neonazistisches Geschäft betrieben.

In dem Workshop **„Nazis unter der Dorflinde!“** von **Christopher Vogel** wurden die besonderen Herausforderungen im Umgang mit Nazis unmittelbar in der eigenen Gemeinde gemeinsam erörtert. Hauptausgangspunkt bildete hier eine Interviewstudie zu Erscheinungsformen der extremen Rechten im Schwalm-Eder-Kreis (Nord-Hessen). Gleichmaßen wurden die demokratischen Potenziale innerhalb der Gemeinde in Augenschein genommen, um hieraus Handlungsempfehlungen zu erarbeiten.

Pedro Valdivielso aus einem hessischen Bürgerbündnis regte mit seinem Workshop **„Alternativen zu den Klassikern“** unter Verwendung der Methode des Mindmapping dazu an, kreative Aktionsformen für den ländlichen Raum zu entwickeln.

Über die Frage, wie Bewohner_innen für ein Engagement gegen die extreme Rechte besonders im ländlichen Raum erfolgreich aktiviert werden können, diskutierte die Arbeitsgruppe **„Mitstreiter_innen gesucht!“**. Obwohl diverse Studien belegen, dass das Ehrenamt in kleinen Gemeinden verhältnismäßig höher liegt als in Ballungsgebieten, arbeitete **Susanne Theilmann** die spezifischen Aspekte heraus, die für eine Aktivierung zu berücksichtigen sind.

Im Gegensatz zu Schulen existiert in Kindertagesstätten in Thüringen noch relativ wenig Erfahrungswissen zum Aufkommen extrem rechter Symbolik und Aktivitäten. Da sich aber erste Beratungsanfragen auch in Thüringen zeigen, wurde der Workshop **„Hakenkreuze in der Bastelstunde“** von **Cornelia Neumann** in unser Angebot integriert. Obwohl die Arbeitsgruppe ausfallen musste, können in dieser Textsammlung erste wichtige Aspekte der Herangehensweise an das spezifische Themenfeld nachverfolgt werden.

Jedwedes zivilgesellschaftliches Handeln gegen die Präsenz und Aktivität von Vertreter_innen der extremen Rechten wäre unvollständig, würden nicht auch alle juristischen Möglichkeiten ausgeschöpft – etwa bei der Verhinderung eines Immobilienerwerbs oder einer (Rechtsrock-)Veranstaltung. Diesem speziellen Handlungsfeld widmete sich der Workshop **„Nutzung untersagt! Mit Paragrafen Zeichen setzen!“** von **Steffen Dittes**. Co-Referent war der ehemalige Landrat (2000–2012) im Saale-Orla-Kreis, **Frank Roßner**. In seine Amtszeit fiel eine juristische/verwaltungsrechtliche Auseinandersetzung mit der damals im Pößnecker Schützenhaus ansässigen neonazistischen „Wilhelm Tietjen Stiftung für Fertilisation Ltd.“.

Roßner stellte die in diesem Fall erfolgreiche Kette von rechtlichen Schritten und Maßnahmen dar, die neben anderen Ereignissen entscheidend zur Aufgabe des

Schützenhauses als beliebter Veranstaltungsort für neonazistische Veranstaltungen beigetragen haben. Das Gebäude konnte im Juni 2011 von der Gemeinde zurückerworben werden.

Schließlich veranschaulichte **Martin Vesely** in der Arbeitsgruppe „**Wenn Nazis Anschluss finden**“ anhand eines konkreten Beispiels aus Sachsen-Anhalt die Brisanz eines gemeinsamen Protestes von Bürger_innen und Neonazis. In den kleinen Ort Insel zogen im Jahr 2011 zwei ehemals sicherungsverwahrte Sexualstraftäter. Dagegen sprach sich ein Teil der Gemeindemitglieder mit verschiedenen Aktionen aus. Der Workshop stellte heraus, dass der partiell problemlose Anschluss der Neonazis an die Proteste im schlechtesten Fall dazu führen kann, dass Neonazis bei bürgerlichen Protesten als normal, legitim und willkommen angesehen werden.

In den nachfolgenden Textbeiträgen² der Referent_innen finden sich die wichtigsten Aspekte und Ergebnisse der einzelnen Workshops wieder.

¹ Siehe hierzu die Broschüre „Nach den rechten Häusern sehen“ auf www.mobit.org unter Materialien.

² Einzig zum Workshop von Leana Pfarr (Bündnis „Glinde stellt sich quer!“) liegt kein Textbeitrag vor.

Neonazis als Immobilienbesitzer_innen: Widerstand im ländlichen Raum am Beispiel des Engagements gegen den neonazistischen Konzertveranstalter Oliver Malina in Groß Germersleben (Sachsen-Anhalt)

von Martin Vesely (Miteinander e.V. Sachsen Anhalt)

Als am 21.03.2013 das historische Barockschloss in Groß Germersleben (Landkreis Börde) bei einer Zwangsversteigerung für 12.000 Euro verkauft wurde, ahnte niemand, welche Folgen das in den nächsten Monaten im Ort und der Umgebung haben sollte. Wenige Tage später stellte sich heraus, dass der neue Besitzer, Oliver Malina, kein Unbekannter in der Region ist. In der Vergangenheit organisierte Malina in Nienhagen (Landkreis Harz), unweit von Groß Germersleben, bereits mehrfach Neonazikonzerte mit über 1.000 Teilnehmenden auf dem Gelände einer alten Hopfendarre. Nachdem es 2012 in Nienhagen einen erfolgreichen Bürgerentscheid gegen die Neonazikonzerte im Dorf gab, stoppte der Besitzer der Hopfendarre zunächst die Vermietung an den Neonazi Oliver Malina.

Widerstand in Groß Germersleben regt sich schnell

Ende März 2013 wurde öffentlich bekannt, dass Malina zeitgleich mit dem Erwerb der Immobilie in Groß Germersleben eine Anmeldung für ein Rechtsrockkonzert auf den Weg gebracht hatte. Dieses sollte bereits am 25. Mai, nur zwei Monate nach dem Kauf des Schlosses, stattfinden. Im Internet tauchte in diesem Zusammenhang eine Ankündigung für eine „Skinhead-Party“ mit national und international bekannten rechten Bands auf. Bei Ticketpreisen von 22,00 Euro pro Ticket und über 1.000 angemeldeten Besucher_innen sowie zu erwartenden weiteren Einnahmen durch Getränkeverkauf und Merchandise konnte ein Umsatz im hohen fünfstelligen Bereich angenommen werden.

Da die Ortschaft Groß Germersleben durch eine Gebietsreform 2003 in die Stadt Oschersleben eingemeindet wurde, regte sich bereits auf der Oscherslebener Stadtratssitzung Anfang April erster Widerstand gegen die Pläne von Malina. Kritische Nachfragen von Bürgern aus Groß Germersleben an die Oscherslebener Stadtverwaltung und Bürgermeister Klenke blieben dort aber weitestgehend

unbeantwortet bzw. empfahl die Stadtverwaltung, sich auf die ordnungsrechtliche Behandlung der Angelegenheit zu verlassen.

Nachdem die erste Verunsicherung im Ort verfliegen war, wurde dennoch von einzelnen Engagierten für den 18. April zu einer ersten Informationsveranstaltung nach Groß Germersleben eingeladen. Das Gemeindehaus, in dem die Versammlung ursprünglich abgehalten werden sollte, reichte aufgrund des großen Andrangs nicht aus. So musste die Diskussionsveranstaltung – nach Rücksprache mit dem ebenfalls anwesenden Pastor – kurzerhand in die Kirche verlegt werden. Dort diskutierten dann ca. 200 Bürger_innen aus Groß Germersleben und Umgebung über Strategien, wie das geplante Rechtsrockkonzert am 25. Mai verhindert werden könnte. Am Ende des Abends wurde offiziell die Bürgerinitiative Groß Germersleben gegründet, die sich die zentrale Aufgabe stellte, Widerstand gegen das geplante Event von Malina zu organisieren. Wichtig war in dieser frühen Phase der Austausch mit den Aktiven aus Nienhagen, die dort bereits seit längerer Zeit im Rahmen der Initiative Nienhagen rechtsrockfrei Erfahrung in der Organisation von Widerstand gegen die Konzerte von Malina gesammelt hatten.

Wie organisiert man sich im ländlichen Raum gegen professionell arbeitende, neonazistische Konzertveranstalter_innen?

Aufgrund der Dringlichkeit und des kurzen Zeitrahmens bis zur ersten geplanten Veranstaltung Malinas traf sich die Bürgerinitiative Groß Germersleben nach ihrer Gründung in einem wöchentlichen Rhythmus. Obwohl aus der Gemeinde selbst nur eine Handvoll Aktive bereit war, die Bündnistreffen intensiv vor- und nachzubereiten, öffentlich aufzutreten sowie auch organisatorisch Verantwortung zu übernehmen, waren die Bündnistreffen in Groß Germersleben immer sehr gut besucht. Dort gab es dann durch die zahlreichen Anwesenden den notwendigen (politischen) Zuspruch und persönlichen Rückhalt für diejenigen, die sich sehr aktiv in die BI einbrachten. So konnten gemeinsam zahlreiche Aktionen gegen das geplante Konzert umgesetzt werden: Durch die Herstellung und Verbreitung von Buttons, Anhängern und Plakaten sollte in der Gemeinde und darüber hinaus eine Stimmung geschaffen werden, die dazu beiträgt, dass Viele sich mit dem Anliegen der BI verbunden fühlen. Ziel war es zudem, möglichst viele Einwohner_innen zu ermutigen, die Plakate, die gegen das Konzert mobilisierten, in die Fenster zu hängen, um eine breit getragene Ablehnung deutlich werden zu lassen. Zudem wurde an der Bundesstraße, die den Ort passiert, ein Großbanner durch Mitglieder der BI angebracht. Die Rettungsdienste in der Region wurden angeschrieben, mit der Bitte für das geplante Rechtsrockkonzert nur die rechtlich zwingend vorgeschriebenen Angebote zur Verfügung zu stellen. Durch eine Filmvorführung der Dokumentation „Blut muss fließen“ mit anschließender Diskussion¹, bei der erneut über 150 Leute in der Kirche anwesend waren und

miteinander diskutierten, wurde die Problematik der Neonazikonzerte wiederum inhaltlich vertieft. Zeitgleich kam Unterstützung durch überregionale Vertreter_innen demokratischer Parteien (Kreistag, Landtag und Bundestag). Der Kreistag Börde verabschiedete Anfang Mai eine umfassende und weitreichende Resolution gegen Neonazikonzerte in der Region. Zentraler Kristallisationspunkt der Proteste in Groß Germersleben war dann die versammlungsrechtliche Anmeldung und Organisation eines „bunten Straßenfestes“, bei der unter Beteiligung der lokalen Vereine am Tag des geplanten Konzertes so viele Menschen wie möglich am zentralen Platz im Ort zusammen kommen sollten.

Widerstand lohnt sich

Die Aktivitäten der BI führten dazu, dass das Thema Neonazikonzerte in den Medien auf Landesebene den ganzen Mai 2013 hinweg präsent war. Auf der Verwaltung lastete daher ein enormer Druck, mögliche Auflagen- und Verbotsverfügungen gegen Malina sehr genau zu prüfen. Im Falle von Groß Germersleben waren die Auflagen für Malina schließlich nicht zu erfüllen, da er nur ein eingeschränktes Wegerecht besaß, um auf sein Grundstück zu gelangen, was explizit nicht Besucher_innen von Konzerten einschloss. Zunächst versuchte er daher, an zwei anderen Orten in Sachsen-Anhalt Ersatzveranstaltungen anzumelden. Schließlich schaffte er es, den Besitzer der Hopfendarre zu überzeugen, gegen die Zahlung einer sehr hohen Miete, ihm das Gelände doch noch einmal zur Verfügung zu stellen. Da der Bürgerentscheid in Nienhagen keine rechtliche Bindung hatte, konnte das Konzert schließlich am 25. Mai in Nienhagen mit über 1.000 Besucher_innen stattfinden.

Das Straßenfest in Groß Germersleben wurde ebenfalls veranstaltet, viele Einzelpersonen und Vereine aus dem Ort selbst sowie der Region brachten sich hier aktiv ein. Zudem fuhr eine größere Delegation aus Groß Germersleben an diesem Tag nach Nienhagen, um sich dort den Protesten auf der Straße gegen das Konzert anzuschließen. Der Tag wurde im Nachhinein aus der Sicht der BI Groß Germersleben – trotz des stattfindenden Konzerts in Nienhagen – als großer Erfolg gesehen.

Von den Erfahrungen in Groß Germersleben lernen

Die zügige, entschlossene und breit aufgestellte Gegenwehr aus Groß Germersleben hatte letztlich entscheidenden Anteil an der Verhinderung des Konzerts im Mai 2013. Oliver Malina scheint im Zuge dessen das Interesse an der Immobilie in Groß Germersleben schnell wieder verloren zu haben, die letzte Rate für die Zwangsversteigerung des Schlosses wurde von ihm nicht überwiesen. Der Erfahrungsaustausch und die solidarische Kooperation mit den Aktiven in Nienhagen war für die Protagonist_innen in Groß Germersleben äußerst wichtig und fruchtbar. Immer wieder wurde vonseiten der BI betont, dass eine Verhinderung des Konzerts in

Groß Germersleben nicht befriedigend ist, sondern dass im Landkreis Börde und darüber hinaus ebenfalls Aktivitäten gegen Rechtsrockkonzerte unterstützt werden. Deutlich zu Tage getreten ist allerdings auch, dass die städtische Verwaltung in Oschersleben die zivilgesellschaftlichen Aktivitäten der Bürger_innen zunächst sehr skeptisch beäugte. Dies äußerte sich u.a. darin, dass die von den Bürger_innen geplanten Protestveranstaltungen am Tag des Konzerts mit sehr harten Auflagen belegt wurden, die auch in den Kooperationsgesprächen nur teilweise ausgeräumt werden konnten. Anstatt sich klar auf die Seite der Bürger_innen zu stellen, zögerte der langjährige Bürgermeister Klenke, sich eindeutig politisch gegen die Konzerte auszusprechen. Auch hier wurde vornehmlich auf eine ordnungsrechtliche Bearbeitung der Angelegenheit vertraut.

Erfreulich hingegen bleibt, dass sich die Aktiven der BI – auch wenn zunächst keine weiteren Aktivitäten von Neonazis am Schloss anstehen – weiterhin treffen und nun vereinbart haben, andere Themen zu bearbeiten, die über die Bekämpfung des Neonazismus hinausgehen. Immer wieder aufgeworfen wurden im Laufe der Monate bspw. Fragen zur Auswirkung der demografischen Entwicklung, insbesondere hinsichtlich des Problems fehlender Angebote für Jugendliche vor Ort. Geplant sind nun zudem Thementage zu Rassismus an Schulen vor Ort sowie eine Lesung, die das Thema Neonazismus und seine gesellschaftlichen Bedingungen noch einmal vertiefend aufgreifen soll.

¹ Weitere Informationen zum Film finden sich unter: www.filmfaktum.de.

Das erfolgreiche Vorgehen gegen das „Collegium Humanum“ (CH) in Vlotho

von Abel Deuring, Harald Kuhlmann, Jürgen Kusche und Inge Wienecke (Vlothoer Bündnis gegen das Collegium Humanum)

Die Vorgeschichte

1963 gründete der frühere NSDAP-Funktionär Werner-Georg Haverbeck in Vlotho das „Collegium Humanum“ (CH), eine als Verein organisierte Erwachsenenbildungseinrichtung. Nach dessen Tod 1999 übernahm seine Ehefrau Ursula Haverbeck-Wetzel die Leitung.

Die Arbeitsschwerpunkte Ökologie und Friedenspolitik waren zunächst unverdächtig. Spätestens 1982 wurde allerdings klar, dass sich Haverbeck nicht vom nationalistischen Gedankengut gelöst hatte, gehörte er doch zu den Erstunterzeichnern des „Heidelberger Manifests“. Darin ist von den angeblichen Gefahren einer „multirassischen“ Gesellschaft die Rede.

In der folgenden Zeit wurden Kontakte des CH zum extrem rechten Rand des politischen Spektrums immer auffälliger. Beispielsweise tagte 1984 das „Komitee zur Vorbereitung der Feierlichkeiten zur Vorbereitung des 100. Geburtstags von Adolf Hitler“ im CH. Darüber hinaus wurde es unter anderem genutzt von regionalen Kameradschaften sowie NPD nahe stehenden Organisationen und Personen um Meinolf Schönborn, dem Vorsitzenden der 1993 verbotenen Nationalistischen Front.

Die Ereignisse unmittelbar vor 2005

Im Jahr 2003 erreichten die vom CH ausgehenden Aktivitäten einen Höhepunkt. Am 30. Juni 2003 inszenierten rund 15 Personen eine Kundgebung auf der Wartburg. Gezeigt wurden Transparente mit Aufschriften wie „Den Holocaust gab es nicht“ und „Die Wahrheit siegt – Die Lüge vernichtet sich selbst“. Diese Aktion bildete den Auftakt einer Holocaustleugnungskampagne, an der sich ein Personenkreis um Horst Mahler, ehemaliges RAF- und späteres NPD-Mitglied, sowie Ursula Haverbeck beteiligte. Die Gruppe behauptete, neue „Beweise“ dafür gefunden zu haben, dass das NS-Regime keinen Massenmord an den Jüdinnen und Juden in Europa begangen hat. Damit, so die Gruppe, sei das letzte moralische Hindernis aus dem Weg geräumt, das Deutsche Reich, welches ihrer Ansicht nach nicht untergegangen, sondern nur

handlungsunfähig sei, wieder erstehen zu lassen. Erreichen wollten sie dies durch die öffentliche Holocaustleugnung; in den danach zu erwartenden Strafprozessen sollte dann eine Überprüfung der vermeintlichen neuen Beweise eingefordert werden. Zudem ließen sich die Prozesse erneut zur Verbreitung ihrer Propaganda nutzen. Organisiert und ideologisch untermauert wurde die Kampagne auf zahlreichen Seminaren im „Collegium Humanum“ sowie in einer Gaststätte in Mosbach/Thüringen. In den Seminaren gab es Vorträge mit Titeln wie „Hitler als Wille Gottes“; Lernziel war beispielsweise, „den üblichen Distanzierungsreflex zu besiegen, der auch in nationalen Kreisen üblich ist, wenn man auf Adolf Hitler zu sprechen kommt“.

Am 9.11.2003 wurde im CH der „Verein zur Rehabilitierung der wegen Bestreiten des Holocaust Verfolgten“ (VRBHV) gegründet. Der Verein, dessen Mitgliederliste sich wie ein Who is Who der internationalen Holocaustleugnerszene liest, sollte die Prozesse begleiten und die Angeklagten finanziell und ideologisch unterstützen.

Die Gegenaktivitäten

Die Rolle der Mendel-Grundmann-Gesellschaft (MGG) im Vorgehen gegen das CH Um der Holocaustleugnung seitens des CH etwas entgegen zu setzen, wurden in Vlotho die Schicksale der 41 bekannten jüdischen Opfer des Holocausts aus dieser Stadt stets wach gehalten. Die Engagierten der MGG – benannt nach einem wohlthätigen Vlothoer Juden – recherchierten Unterlagen, führten Gespräche mit Zeitzeugen sowie überlebenden Kindern der jüdischen Holocaust-Opfer aus Vlotho. Viele Veröffentlichungen erschienen, u.a. 1988 das Buch „Sie waren Bürger unserer Stadt“. Zu den recherchierten Briefen erfolgten öffentliche Lesungen.

Am 9.12.2006 und am 17.3.2007 (in Anwesenheit der Tochter eines Holocaust-Opfers aus den USA) wurden insgesamt 41 Stolpersteine eingeweiht¹.

Im Januar 2008 wurden zwei Mitglieder der MGG in Berlin mit dem international bedeutsamen „Obermayer German Jewish History Award“ ausgezeichnet.²

Am 10.11.2008 wurde das Theaterstück „Es geschah vor aller Augen“ aufgeführt zum 70. Jahrestag des Judenpogroms in Vlotho von 1938.³

Das Bündnis gegen das „Collegium Humanum“

Die Aufklärung über und der Protest gegen die Aktivitäten des CH wurde zunächst hauptsächlich durch linke Gruppen wie die Antifa getragen. Im Herbst 2004 gründete sich auf Initiative der Grünen Liste Vlotho das „Vlothoer Bündnis gegen das Collegium Humanum“. Zu den Mitgliedsorganisationen zählten alle vor Ort vertretenen demokratischen Parteien, mehrere Bildungswerke, die weiterführenden Schulen, Gewerkschaften, fast alle Kirchengemeinden, mehrere Vereine sowie eine antifaschistische Initiative aus dem nahe gelegenen Bielefeld.

Das Bündnis organisierte mehrfach Protestkundgebungen direkt am (weit außerhalb des Ortskerns gelegenen) „Collegium Humanum“. Im Juni 2005 fand eine Protestdemonstration gegen das CH im Zentrum von Vlotho mit 800 Teilnehmenden statt⁴ (zum Vergleich: Vlotho hat ca. 20.000 Einwohner_innen).

Darüber hinaus entfaltete das Bündnis eine Vielfalt weiterer Aktivitäten. So wurde im Januar 2005 die zuständige Landrätin aufgefordert, ein Seminar im CH zu verbieten zum Thema „Die Grundelemente der deutschen Weltanschauung unter Berücksichtigung von Hitlers Mein Kampf“. Obwohl das Seminar öffentlich im Internet beworben wurde, lehnte die Landrätin ein Eingreifen mit der Begründung ab, dass es sich um eine private Veranstaltung handele.

Im Mai 2006 wurde vom Bündnis eine Broschüre veröffentlicht über die einzelnen Aktivitäten des „Collegium Humanums“ und VRBHV.⁵

Wolfgang Spanier unterstützte persönlich und als SPD-Bundestagsabgeordneter immer wieder das Bündnis.

Am 11. November 2006 fand (zeitgleich mit der Jahresversammlung des VRBHV im CH) eine Podiumsdiskussion statt zum Thema „Wehrhaft oder wehrlos? Der demokratische Rechtsstaat im Umgang mit dem Rechtsextremismus am Beispiel des Collegium Humanum“. Teilnehmende waren Wolfgang Aßbrock (MdL/CDU), Annelie Buntenbach (DGB-Bundesvorstand), Sebastian Edathy (MdB/SPD) und der Vlothoer Bürgermeister Bernd Stute.⁶

Die Rolle der Vlothoer Schulen im Kampf gegen das CH

Immer wieder versuchen Neonazis, sich als fortschrittliche und für junge Menschen attraktive „Bewegung“ darzustellen. Dieser Versuch wurde ihnen in Vlotho grundlegend vermasselt:

Schüler_innen der Fächer Geschichte und Religion wirken seit den 1980er Jahren mit bei Lesungen von Texten der Mendel-Grundmann-Gesellschaft zu jüdischen Biografien und der Inszenierung von Briefen ehemaliger jüdischer Bürger Vlothos.

Auf der Groß-Demonstration aller Parteien, Kirchen und Vereine am 18.6.2005 hielt die Vlothoer Geschichtslehrerin Inge Wienecke ihre Rede zum Thema „Schule und Nationalsozialismus“ gemeinsam mit einer Abiturientin des Weser-Gymnasiums in Vlotho.

Anfang 2006 verschickte das CH ein revisionistisches Buch an die Schülervvertretung des Weser-Gymnasiums in Vlotho. Darin ging es um das angebliche Unrecht der „Siegerjustiz“ in den Nürnberger Prozessen. Gleichzeitig bot das CH kostenlos eine Geschichts-AG am Weser-Gymnasium an. Die Schüler_innen antworteten in einem Rücksendebrief: „Für wie dumm halten Sie uns eigentlich?“

2006 und 2007 verlasen Schüler_innen die Lebensdaten der Holocaust-Opfer während der feierlichen Stolperstein-Einweihungen und legten Rosen auf den Stolpersteinen

nieder. Die Schülervvertretung des Weser-Gymnasiums sammelte Geld, um selbst einen Stolperstein für das jüngste Opfer des Holocaust aus Vlotho (damals 5 Jahre alt) zu verlegen.

Am 19.1.2008 hielten zwei Oberstufenschüler des Weser-Gymnasiums auf einer Demonstration am CH eine leidenschaftlich-mitreibende Rede, in die sie Eindrücke ihres Besuchs der Gedenkstätte Auschwitz-Birkenau einfließen ließen.

Schüler_innen der Klasse 5c am Weser-Gymnasium gewannen im April 2008 den 1. Platz der Stiftung Lesen mit ihrem Projekt „Nazis raus aus Vlotho“.

Im September 2008 wirkten Schüler_innen bei dem Fest „Vielfalt statt Einfalt“ mit und übernahmen mehrere Rollen in dem Theaterstück zum Judenpogrom von 1938 in Vlotho.

Die Rolle der bürgerlichen Parteien über das Bündnis hinaus

Wolfgang Aßbrock (CDU) stellte Anfang 2007 im Landtag NRW eine kleine Anfrage zu Aktivitäten des CH an den Innenminister. Die Antwort des Innenministers: „Nach wie vor bestehen bei dem CH tatsächliche Anhaltspunkte für den Verdacht rechtsextremistischer Bestrebungen“. Dies stieß bei dem Abgeordneten auf Unverständnis: "Ich halte diese Feststellung für eine deutliche Untertreibung und bitte Sie, in diesem Punkt den Verfassungsschutzbericht 2006 deutlicher zu formulieren."⁷ Sebastian Edathy (SPD) wies das Bundesinnenministerium auf die Aktivitäten des CH hin. Das Ministerium riet daraufhin im Mai 2007 in einem Brief an den Bürgermeister Stute (SPD), „alle basisdemokratischen Möglichkeiten auszuschöpfen“. Stute hielt diese Antwort für sehr unbefriedigend: "Wir erwarten, dass wir von der Bundesregierung unterstützt werden, wenn wir an der Basis arbeiten und das ist mit so einem Schreiben nicht getan. Man kann das nicht so abtun und muss alle juristischen Möglichkeiten prüfen."⁸

Im Oktober 2007 gab es in Berlin ein Gespräch zwischen dem Bürgermeister und einem stellvertretenden parlamentarischen Staatssekretär, das mit dem Versprechen endete, ein Verbot des CH zu prüfen.⁹

Am 19.12.2007 erschien auf der Website der Tagesschau der Artikel „Gemeinnützige Holocaustleugner“.¹⁰ In diesem wurde die lange gehegte Vermutung bestätigt, dass der „Collegium Humanum e.V.“ nach wie vor als gemeinnützig anerkannt war. Ähnliche Beiträge erschienen 2008 im „Spiegel“ und in der „taz“. Doch obwohl das CH seit 2000 mit all seinen Aktivitäten vom Verfassungsschutz beobachtet wurde, hoben das zuständige Finanzamt Herford und der NRW-Finanzminister Helmut Linsen (CDU) die Gemeinnützigkeit erst Anfang 2008 auf.

Auch die örtliche Presse bezog eindeutig Stellung gegen das CH.

Das Verbot

Am Rande der Feierlichkeiten zur Verleihung des „Obermayer German Jewish History Award“ am 23.1.2008 in Berlin baten Vertreter_innen der mit nach Berlin gereisten „Vlothoer Zeitung“ Charlotte Knobloch (damals Vorsitzende des Zentralrats der Juden in Deutschland) um einen Kommentar zur Holocaustleugnungskampagne und der Gemeinnützigkeit des CH e.V. in Vlotho. Frau Knobloch kommentierte diese Aktivitäten deutlich: Es reiche nicht, die Gemeinnützigkeit zu entziehen. „Um denen das Handwerk zu legen, sind Politiker gefragt, die die Möglichkeit haben, Gesetze zu ändern.“¹¹

Ursula Haverbeck schrieb nach Bekanntwerden dieser Äußerung am 30.1.2008 an Frau Knobloch, sie solle sich nicht in „innerdeutsche Angelegenheiten einmischen“ und „in ihr Ursprungsland, nach Innerasien, zurückgehen“; und weiter: „Machen Sie so weiter wie bisher, dann könnte sich ein neues Pogrom ereignen, das entsetzlich würde.“¹² Haverbeck wurde schließlich für diesen Brief verurteilt.

Spätestens diese Ereignisse dürften das Bundesinnenministerium unter Schäuble davon überzeugt haben, dass im CH systematisch Antisemitismus propagiert und der Holocaust geleugnet wurde: Am 7. Mai 2008 wurden das „Collegium Humanum“, die „Bauernhilfe“ (der mittlerweile Gebäude und Grundstück des CH übereignet wurden) und der „Verein zur Rehabilitierung der wegen Bestreitens des Holocaust Verfolgter“ verboten.

¹ Vlothoer Anzeiger, 11.12.2006; Vlothoer Anzeiger, 16.03.2007

² Vlothoer Zeitung, 24.01.2008

³ Vlothoer Zeitung, 11.11.2008

⁴ Mindener Tageblatt, 20.06.2005; Neue Westfälische, 20.06.2005

⁵ <http://www.apabiz.de/publikation/broschueren/ch-broschuere.pdf>

⁶ Vlothoer Anzeiger, 13.11.2006

⁷ Vlothoer Anzeiger, 12.01.2007

⁸ Vlothoer Anzeiger, 18.06.2007

⁹ Vlothoer Anzeiger, 23.10.2007

¹⁰ <http://www.tagesschau.de/inland/holocaustleugnung2.html>

¹¹ Vlothoer Zeitung, 24.1.2008

¹² Vlothoer Zeitung, 23.02.2008

„Nazis unter der Dorflinde!“ – Umgang mit der Präsenz im ländlichen Raum

von Christopher Vogel (Mobiles Beratungsteam Hessen e.V.)

Im ländlichen Raum ist die Präsenz von rechtsextremen Erscheinungsformen nur selten eine anonyme Bedrohung. Es geht kaum um „den NPD-Kader“ oder „die Aktivistin aus der freien Kameradschaftsszene“, sondern allzu oft ist es der Sohn des Dorfladenbesitzers oder die Tochter der Lehrerin aus der nahe gelegenen Gesamtschule, die ein paar Häuser weiter wohnt. Dementsprechend müssen die Aktiven der zivilgesellschaftlichen Bündnisse diese räumliche und soziale Nähe in ihrem Engagement für demokratische Kultur berücksichtigen. Ohne auf die spezifischen Bedingungen vor Ort einzugehen, besteht die Gefahr, dass am Bedarf der Menschen vorbei agiert wird, dass (wie dies leider häufig zu beobachten ist) nicht rechtsextreme Akteurinnen und Akteure als Problem wahrgenommen werden („die kümmern sich schließlich um unsere Probleme und die haben im Grunde ja recht mit ihren Aussagen“), sondern diejenigen, die sich gegen deren Menschenbild und Aktionen engagieren.

Im Folgenden soll eine Studie zusammengefasst werden, die vom Mobilen Beratungsteam gegen Rassismus und Rechtsextremismus – für demokratische Kultur e.V. (MBT Hessen) verfasst wurde, um Ursachen, Erscheinungsformen und vor allem spezifische Gegenstrategien im ländlichen Raum vorzustellen.

Der sehr ländliche Schwalm-Eder-Kreis im Norden Hessens hat kaum größere Arbeitgeber, die nächste Großstadt Kassel ist bis zu 1,5 Autostunden entfernt, wissenschaftliche Studien prognostizieren einen Bevölkerungsrückgang von bis zu 20 Prozent im Jahr 2025.

Als im Jahr 2008 Aktivisten einer rechtsextremen Kameradschaft ein Zeltlager der Linksparteijugend solid an einem Badensee angegriffen und mehrere Jugendliche zum Teil schwer verletzt haben, war die Aufmerksamkeit in bundesweiten Medien groß. Der Landkreis reagierte anders, als dies vielerorts der Fall ist: Anstatt den brutalen Überfall als Aktion von „Einzeltätern“ zu verharmlosen und untypisch für die Region

abzutun, reagierte die Kreispolitik umfassend und entschlossen: Das Kreisparlament verabschiedete einstimmig einen Beschluss gegen Rechtsextremismus, es wurde eine Stabsstelle beim Landrat eingerichtet und mit eigenen finanziellen Mitteln ausgestattet. Der Kreisausschuss beauftragte das beratungsnetzwerk Hessen-Mobile Intervention gegen Rechtsextremismus mit der Erstellung einer Studie zu rechtsextremen Erscheinungsformen im Kreis und einer Analyse von demokratischen Potenzialen. Mit der Realisierung dieser Studie wurde das MBT Hessen beauftragt.¹

Die Studie, für die fast 100 Bürger_innen – vom alternativen Jugendlichen über Lehrer_innen, Polizeibeamt_innen, Bürgermeister, Vereinsvorsitzende etc. des Kreises – interviewt wurden, gibt einen intensiven Einblick über Ursachen, Erscheinungsformen und Gegenstrategien zum Themenfeld Rechtsextremismus, die aus Sicht des MBT Hessen größtenteils auch auf andere ländliche Räume übertragbar ist.

Zunächst äußerten fast alle Befragten, dass sie sehr gerne auf dem Land wohnen: Die Schönheit der Natur und die engen sozialen Beziehungen wurden fast durchgehend positiv erwähnt. „Man hilft sich untereinander“, es gebe ein aktives Vereinsleben. Negativ wird die Abwanderung vor allem gebildeter junger Menschen genannt sowie der Abbau alltagsrelevanter Infrastruktur, also der kaum noch vorhandene öffentliche Nahverkehr, zu weit entfernte Einkaufsmöglichkeiten und fehlende Freizeitangebote für Jugendliche. Man habe das Gefühl, dass es bergab gehe, ohne dass sich dies z.B. in einer überdurchschnittlichen Arbeitslosenquote äußert. Die Bevölkerung sei konservativer als in Städten und Neuem werde mit Vorbehalten bis hin zu Misstrauen begegnet. Zugezogene blieben sehr lange „die Zugezogenen“ (selbst wenn deren Kinder schon im Kreis aufgewachsen sind). Integration werde häufig als einseitige Anpassungsleistung gesehen. Neue hätten sich ins Gemeindeleben einzufügen, ein eigener Beitrag werde nur selten gesehen.

In diese Gefühlslage stoßen rechtsextreme Argumentationen und Angebote. Gesellschaftliche Veränderungen werden als Bedrohung gesehen, auf die mit einfachen Antworten reagiert wird. Rassismus und Antisemitismus (der teils historisch begründet wird) treffen vielerorts sowohl bei Jugendlichen als auch bei Älteren in der Mitte der Gesellschaft auf Zustimmung. Zwar wurde keine gezielte Unterwanderung von Vereinen und Verbänden durch Rechtsextreme konstatiert, sie lassen sich jedoch überall finden. Wer auf dem Land aufwächst, wird Mitglied im Sportverein, in der örtlichen Feuerwehr, engagiert sich in der Kirmesburschenschaft, im Heimatverein usw. – ganz einfach deswegen, weil er/sie dort wohnt und sich ins örtliche Leben einfügt, egal ob rechtsextrem, unpolitisch oder progressiv. Problematisiert wird die Präsenz von Rechtsextremen nur selten: Zum einen, weil man für jedes Mitglied im Vereinsleben

dankbar ist, zum anderen, weil das öffentliche Austragen von Konflikten im dörflichen Leben eher vermieden wird. Hinzu kommt, dass es eben keine anonymen „Rechtsextremen“ sind, die im gleichen Fußballteam oder derselben Kapelle spielen, sondern es sich um Menschen aus der Nachbarschaft handelt, mit denen man aufgewachsen und sozialisiert ist.

Gefragt nach den Reaktionsmustern auf rechtsextreme Erscheinungsformen antworteten die meisten Befragten mit „leugnen und verharmlosen“. Es gebe demnach keinen Rechtsextremismus vor Ort, das seien jugendliche Marotten usw., man spreche schlicht und einfach oft nicht über dieses Thema. Darüber hinaus werden individuelle Handlungsstrategien genannt: Man rufe bei Eltern an, deren Sohn mit rechtsextremen Äußerungen aufgefallen war, spreche den Ortsvorsteher an, dass an den Laternen rechtsextreme Aufkleber angebracht wurden etc. Viel wichtiger seien aber öffentliche Reaktionen von Verantwortungsträger_innen wie Vereinsvorsitzenden und Bürgermeister_innen. Wenn sich diese Respektspersonen öffentlich äußern, habe das Signalwirkung auf die öffentliche Meinung vor Ort.

Deswegen wurde von der Mehrheit der Interviewten gefordert:

1. „Rechtsextremismus geht Jeden an!“ Rechtsextremismus ist kein Randphänomen, sondern menschenfeindliche Einstellungen und ihre Folgen betreffen die gesamte Gesellschaft. Dementsprechend ist es Aufgabe der gesamten Gesellschaft, Grenzen zu setzen und mit demokratischen Mitteln darauf zu reagieren.

2. Aufklärung ist weiter erforderlich – noch immer fehlt es vielen Menschen an Wissen um Inhalte und Strategien von rechtsextremistischen Organisationen und Strukturen. Das reicht vom Erkennen rechtsextremer Symbolik, harmlos klingenden Forderungen zum Thema Naturschutz bis hin zu gezieltem Engagement in zivilgesellschaftlichen Organisationen. Mit welchen Hintergründen und Motivationen Rechtsextreme agieren, darüber herrscht noch viel Aufklärungsbedarf.

3. Aufmerksamkeit für Jugendliche – vielerorts wurde beklagt, dass Jugendliche mit ihren spezifischen Bedürfnissen als Problem angesehen würden; sie hingen nur noch am Computer, trinken zu viel etc. Natürlich brauchen Jugendliche Freiraum, aber hilfreich ist es, wenn Erwachsene sich mit den Bedürfnissen „ihrer“ Jugendlichen konstruktiv auseinandersetzen, einfach mal fragen, wie es geht, Interesse zeigen, das könne doch nicht so schwer sein. Eine sehr wichtige Frage ist die nach der Erlebbarkeit von Demokratie. Jugendliche haben selten das Gefühl, dass ihre Meinung gefragt ist, dass ihr Handeln erwünscht ist und Veränderungen nach sich zieht. Man muss sich die Frage stellen, wie Demokratie vor Ort gelebt wird, wo Jugendliche mitbestimmen

können. Natürlich ist kommunale Jugendpflege bei der pädagogischen Betreuung bzw. Unterstützung einzubeziehen. Es kann aber nicht sein, dies ausschließlich an diese zu delegieren und sich selbst nicht verantwortlich zu fühlen.

4. Überhaupt wird ein Ausbau an professionell ausgebildeter und ausgestatteter Jugendarbeit benötigt. Die Jugendpflege im Schwalm-Eder-Kreis ist in fast allen Gemeinden vertreten. Allerdings gibt es Lücken zu schließen bzw. Bedarf an zusätzlichen Kräften. Es gibt Jugendpfleger_innen, die für bis zu 15 Jugendräume in ebenso vielen Orten zuständig sind.

5. Gerade an Schulen besteht die Möglichkeit, inhaltlich vertieft Demokratie und die Bedrohungen derselben zu behandeln. Leider ist zu konstatieren, dass sich viele Schulen bzw. Lehrkräfte mit dem Thema Rechtsextremismus überfordert fühlen. Hier bedarf es sowohl stetiger Qualifizierung und Weiterbildung als auch aktiver Strategien zum Thema demokratische Kultur. Mit einer Fahrt in eine Gedenkstätte für die Opfer des Nationalsozialismus ist die Thematisierung von Nationalsozialismus bzw. „Immunsierung“ gegen Rechtsextremismus nicht erledigt.

6. Beim Thema Integration wird erheblicher Bedarf gesehen. Seien es Asylbewerber_innen, Spätaussiedler_innen oder andere Migrant_innen: Es gibt kaum Konzepte, wie Integration aktiv von allen Beteiligten gestaltet werden kann. Nur weil jemand nicht in den Schützenverein eintritt, heißt das nicht, dass er/sie kein Interesse am sozialen Leben vor Ort hat (was meistens aber genau so interpretiert wird). Integration ist keine Einbahnstraße. Auch die Mehrheit hat sich auf die Bedürfnisse von Zugezogenen bzw. auf veränderte gesellschaftliche Bedingungen einzustellen.

7. Vorhandenes Engagement unterstützen und ausbauen. Man muss nicht bei null anfangen. Gerade im ländlichen Raum ist ehrenamtliches Engagement und gegenseitige Unterstützung Basis gesellschaftlichen Zusammenhalts. Wichtig ist, dass Menschen, die sich gegen Rechtsextremismus engagieren, gerade von öffentlichen Würdenträger_innen (Ortsvorsteher_innen, Vereinsvorsitzende etc.) unterstützt werden.

8. Es soll noch ein aus unserer Sicht wesentlicher Punkt ergänzt werden, der von den Befragten unserer Studie nicht genannt wurde, der sich aber in der Folgezeit als zentral für bürgerschaftliches Engagement erwiesen hat: Es bedarf des Schulterschlusses von allen vor Ort relevanten demokratischen Akteurinnen und Akteuren, um dem Einfluss von rechtsextremen Gedankengut und Strukturen zu begegnen. Diese reichen von einer engagierten Bürgerschaft, Verwaltung, Jugendarbeit, Schule, Lokalpolitik, Kirche

bis hin zur Polizei. Dieser Schulterschluss kann gerade dann gelingen, wenn auf lokale Besonderheiten und gemeinsame Interessen gezielt wird. Wenn allseits der Abbau von Infrastruktur und Abwanderung von jungen Menschen als große Probleme genannt werden, dann sollten Menschen und vor Ort tätige Organisationen mit ihren spezifischen Fähigkeiten gezielt angesprochen werden, sich einzubringen und Alternativen zu vorhandenen Lücken gemeinsam entwickeln. Das heißt nicht, den Staat aus seiner Verantwortung zu entlassen, aber es gibt viele Beispiele, wie Bürger_innen fehlende soziale und ökonomische Infrastruktur mit kreativem Engagement wieder schließen (z.B. gemeinsam organisierte Dorfläden, Treffpunkte, Anreize für den Zuzug junger Familien, kulturelle Angebote für Jung und Alt). Vor allem durch kulturelle und ökonomische Belebung des dörflichen Nahraums zum Nutzen aller kann das vielerorts vorhandene Misstrauen und Bedenken, sich gegen Rechtsextremismus zu engagieren, abgebaut und demokratische Kultur erlebbar gemacht werden.

¹ Die gesamte Studie findet sich hier: <http://beratungsnetzwerk-hessen.de/index.php?page=neu-regionalstudie>.

Alternativen zu den Klassikern: kreative Aktionsformen im ländlichen Raum

von Pedro Valdivielso (Bürgerbündnis Kirtorf)

Etwas zu tun, ist die beste Art, etwas zu sagen. (Jose Martin)

Im Workshop „Alternativen zu den Klassikern. Kreative Aktionsformen im ländlichen Raum“ ging es um den Austausch und das Entwickeln von Ideen zum Umgang mit Neonazis und ihrem Umfeld. Nicht jede Aktion eignet sich gleich gut für jedes Anliegen und nicht jede Aktion kann in jedem Ort übernommen werden. Die Auseinandersetzung mit extrem rechten Denken und Handeln muss jeweils vor Ort lokalspezifisch geführt werden.

Es gibt spontane und geplante Aktionsformen. Beide Formen wollen einen spezifischen Inhalt vermitteln und sind Interaktionsformen zwischen zwei Personen oder Personengruppen. In der Auseinandersetzung mit extrem rechtem Denken und Handeln bringen die verschiedenen Aktivitäten Meinungen, Haltungen und Forderungen zum Ausdruck. Es gibt zahlreiche Aktionsformen, um Botschaften zu senden: Informationen und Gespräche am Infotisch, Vorträge, Demonstrationen, Aufkleber, Graffitis, Konzerte, Mahnwachen, Straßentheater u.v.m.

Die Teilnehmenden des Workshops nannten in einer ersten Runde Aktivitäten der letzten Zeit, an denen sie beteiligt waren und die sie besonders gelungen fanden. Sie sind Beispiele für kreative Aktionsformen:

- Gang durch die Gemeinde zu Häusern von ehemaligen jüdischen Bürger_innen aus Anlass der Gedenkveranstaltung zur Pogromnacht: Teilnehmende hefteten sich einen gelben Stern an die Jacke
- hinter einer Demonstration von Neonazis mit großen Besen die Straße kehren
- bei einer Demonstration von Nazis am Straßenrand mit aufgespannten Schirmen stehen, um sich von den Nazis „abzuschirmen“
- ein Schweigemarsch
- während eines Trauermarsches von Neonazis laute und lustige Partys in Vorgärten feiern

- der Pfarrer lässt alle Glocken läuten, während der Rede eines extrem Rechten
- vor einem Info-Stand mit einigen wenigen Neonazis stehen Demokrat_innen mit einem 15 Meter langen Transparent.

Der Schoß ist fruchtbar noch aus dem dies kroch. (Bertolt Brecht)

In der Auseinandersetzung mit extrem Rechten stehen nicht nur eine Handvoll Einzeltäter_innen oder Gruppen im Vordergrund, sondern auch die unzähligen Menschen, die wegsehen, schweigen, vertuschen, beschwichtigen, ermöglichen, insgeheim gutheißen oder offen unterstützen. Es geht um die Strukturen, um den Boden, auf dem rechtes Gedankengut gedeiht. Entscheidend ist, dass es gelingt, das gesellschaftliche Klima so zu beeinflussen, dass den rechten Netzwerken das Wasser abgegraben wird. Dafür wird die Zivilgesellschaft benötigt.

Mit Politik, Verwaltung, Justiz und Polizei allein ist das menschenfeindliche Treiben nicht in den Griff zu bekommen. Entscheidend ist immer die Zivilgesellschaft. Ihre Kraft, ihre Nähe zu den Menschen und ihre Zusammenarbeit mit Politik, Verwaltung, Polizei und Medien ist Grundlage für eine erfolgreiche Arbeit. Die Zivilgesellschaft mit ihren Bürgerinitiativen organisiert und entwickelt Aktionsformen.

Es gibt klassische und je nach Handlungsfeld unterschiedliche und fantasievolle Aktionsmöglichkeiten. Es gibt aber keine Rezepte. Der Fantasie zur Entwicklung von kreativen Aktionen sind kaum Grenzen gesetzt. Da ist zunächst die Frage: Welche sind die Klassiker? Als Klassiker gelten all jene Aktionen, die einen hohen Bekanntheitsgrad aufweisen, weil sie regelhaft vielerorts angewandt werden oder einen gewissen Traditionswert haben. Sie stehen oft in Verbindung mit den ersten Reaktionen von Bürger_innen auf Übergriffe, Schmierereien oder ängstigendem Auftreten von extrem rechten Personen; vor allem sind das Unterschriftensammlungen, Demonstrationen, Nachbarschaftstreffen, Informationsveranstaltungen sowie Bürgerversammlungen. Unerlässlich ist dabei, das bestehende Problem so schnell, nachhaltig und erfolgreich wie möglich zu lösen, und dabei möglichst wenig Aufwand, Zeit und Geld zu investieren. Diese Aktionen sind auf das neue Problem in der Gemeinde direkt bezogen. Sie sind wichtig und zeigen Flagge.

Die zu bearbeitende Fragestellung lautete: Wie werden alternative oder kreative Aktionsformen entwickelt? Nach meiner Erfahrung droht ohne Plan, ohne Konzept der berühmte „Aktionismus“ oder das „bunte Nebeneinander“ – gerade, wenn unterschiedliche Akteurinnen und Akteure beteiligt sind. Etwas positiver formuliert: das „pragmatische Improvisieren“ (Lorenz Korgel). Aus diesem Grund wurde im Workshop eine mögliche Herangehensweise vorgestellt, um Handlungsziele und -formen zu entwickeln.

Für einen, der nicht weiß, welchen Hafen er ansteuern will, gibt es keinen günstigen Wind. (Seneca)

Alternativen werden entwickelt, sobald man sich nicht nur auf den Problemträger konzentriert, sondern ein ganzes System in den Blick nimmt. Alternativen zu den Klassikern können gefunden werden, wenn Ziele formuliert werden. Ein Ziel ist ein in der Zukunft liegender angestrebter Zustand. Es bezeichnet etwas Erstrebenswertes. Ziele enthalten eine Selbstverpflichtung. Wenn sie greifbar sind und gemeinsam getragen werden, dann setzen Ziele Ideen und Energie frei und bündeln zur Verfügung stehende Kräfte und Ressourcen. Ziele zu haben, hilft bei vielen Entscheidungen. Ziele geben die Sicherheit, bei Vorhaben und Projekten auf der Spur zu bleiben. Sie geben die Richtung vor.

In der Auseinandersetzung mit extrem rechtem Denken könnten z.B. folgende Leitziele formuliert werden:

- Große Teile der Bevölkerung haben die Gefahr des extrem rechten Denkens als Problem erkannt.
- Die extrem rechte Gruppe im Ort hat keine Anziehungskraft für Jugendliche.
- Die Politiker_innen (Bürgermeister_innen, Stadtrat, Gemeinderat und auch die Ortsteilräte) nehmen rechtsextremistische, fremdenfeindliche oder antisemitische Bestrebungen wahr, schauen nicht weg und beziehen Stellung.

Im Workshop wurden weitere Leitziele vorgeschlagen, z.B.:

- Freiräume wie Straßen, Gassen und Plätze können angstfrei besucht werden.
- Schüler haben ein Bewusstsein für extrem rechtes Denken und Handeln.
- Die Gemeindeverwaltung sieht Rechtsextremismus als Querschnittsaufgabe.
- Bürger_innen sind offen für eine Erlebniswelt Kommunikation.
- Die Bürger_innen der Gemeinde sind motiviert, etwas gegen extrem rechtes Denken und Handeln zu tun.

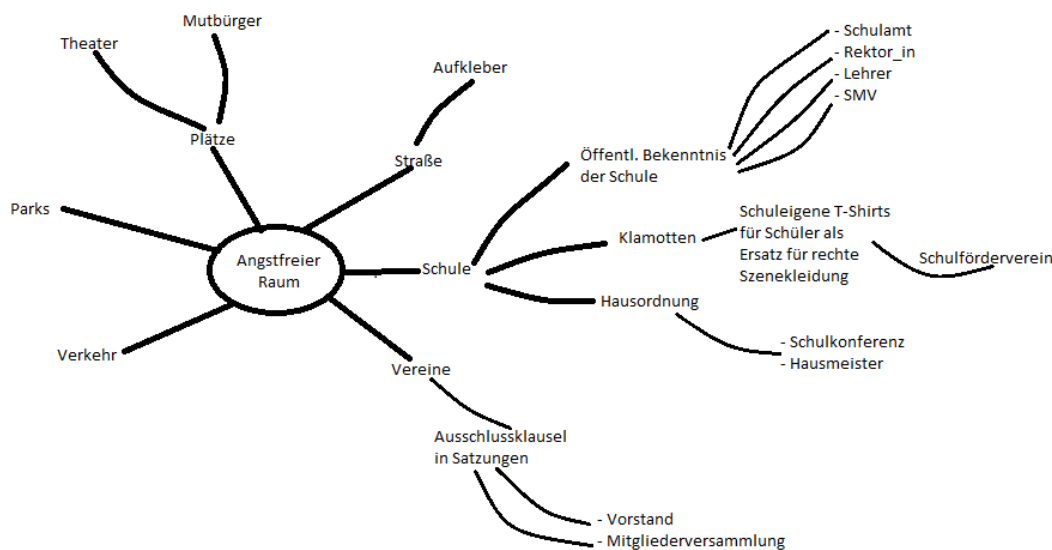
Mit der Methode „Mindmapping“ wurde im Workshop ein Leitziel bearbeitet. Die Methode ist eine hilfreiche Technik zum Erschließen, Visualisieren und Planen eines Themas. Sie hilft, Gedanken frei zu entfalten und zu sortieren. In der Mitte steht ein Schlüsselthema, in unserem Fall ein Leitziel. In einem zweiten Schritt werden zum Schlüsselthema passende Schlüsselwörter formuliert und an das Zentrum „angebunden“. Aus jedem Schlüsselwort können passende Oberbegriffe „wachsen“ und daraus in freier Assoziation Handlungsschritte oder Aktionsformen kreiert werden.

Über den Wolken muss die Freiheit wohl grenzenlos sein. (Reinhard Mey)

In freier Assoziation, im Laufenlassen von Gedanken ohne Zensur können Ideen entstehen, die dann von der Gruppe aufgegriffen werden und zu alternativen Aktionsformen führen.

Die für die weitere Arbeit im Workshop gewählten Leitziele waren das erste und das letzte aus obiger Auflistung. In einer ersten Runde wurde nach den Orten, den Freiräumen, gefragt, in denen sich die Bürger_innen bewegen; in einer zweiten Runde nach Aktionsformen, die zu einem der genannten Räume passen und in einer dritten Runde wurde mögliche Partner_innen für die entsprechenden Aktionen zusammengetragen.

Da die Bearbeitung des Leitziels „Freiräume wie Straßen, Gassen und Plätze können angstfrei besucht werden“ am weitesten von denen in beiden Workshops ausgesuchten Zielen vorangeschritten war, soll die Mindmap hier dokumentiert werden. Dabei ist zu beachten, dass ein beschränkter Zeitumfang zur Verfügung stand und somit Ergebnisse nur begrenzt entwickelt werden konnten. Es ist jedoch ausreichend, um die Methode zu verstehen und sie kreativ anzuwenden.



Aus Zeitgründen konnten die Begriffe „Zivilcourage, Freiräume für die Jugend, Thüringische Gemeindeordnung (TGO), Jugendkultur, Subkulturen, Erlebensbereich Demokratie, Eltern, Schüler, Rat der Stadt“ nicht mehr von der Gruppe berücksichtigt werden.

Machbar ist alles, aber man darf es nicht immer den Führern überlassen. (John Lennon)

Abschließend standen die Akteurinnen und Akteure, also die Beteiligten an so einer kreativen Entwicklung von Aktionen im Fokus. Deutlich wurde dabei, dass beispielsweise bereits die Partizipation von Kindern und Jugendlichen an derlei Prozessen eine alternative Aktionsform darstellt. Schließlich ist dies eine Form, Demokratie „erlebbar“ zu machen. Die jeweilige Gruppe von Betroffenen ist eher in der Lage, zu ihren Altersgenoss_innen passende Aktionsformen zu entwickeln. Eine wichtige Aufgabe von Bürger- und Aktionsbündnissen aber auch von Gemeinderäten ist es, Grundlagen zu schaffen, dass die Anziehungskraft von extrem rechten Personen und Gruppen nachlässt bzw. ganz nicht mehr vorhanden ist. Neben Informationen zu rechtsextremen Denken und Handeln, zu Symbolen und Lifestyle von Neonazis soll Selbstvertrauen und Selbstbewusstsein gefördert sowie Konflikt-, Kommunikations- und Beziehungsfähigkeit gestärkt werden. Das sind Schutzfaktoren gegen Diskriminierung, Machtträume und Gewalt. Hierfür sind kreative Aktionsformen, Partizipation und ein Schuss Humor wichtige Ingredienzien.

Mitstreiter_innen gesucht! – Ressourcen im ländlichen Raum

von Susanne Theilmann (RAA Regionalzentrum für demokratische Kultur Westmecklenburg)

Bündnisse, Foren oder Initiativgruppen im Kontext Rechtsextremismus und Demokratie entstehen: nicht über Nacht, aber oft kurzerhand in unmittelbarer Reaktion auf konkrete Ereignisse, einige langfristig geplant und auf Dauer angelegt, andere wiederum bilden sich als Zusammenschluss bereits bestehender Gruppen.

Unabhängig, ob spontane Empörung oder langfristige Idee – Ausgangspunkt ist die Erkenntnis: Allein kommen wir nicht weit genug. Für die nun folgenden Schritte der Selbst- und Handlungsorganisation können Engagierte im Bedarfsfall mittlerweile auf Leitfäden sowie auf eine dafür spezialisierte, kostenlose Beratung zurückgreifen. Diese Ressourcen verhelfen mit professionellen Planungs- und Kommunikationsmethoden zu einem guten Start; sie können Anlaufschwierigkeiten reduzieren und bieten für nahezu alle Phasen und Herausforderungen einer Bündnis-Existenz konkrete Hinweise. Der demokratische Widerstand hat sich in den letzten Jahren also durchaus professionalisiert.

Unabhängig davon bleibt beim Thema Ressourcen die Frage „Wie werden wir mehr?“ der Hauptgedanke, besonders, wenn es um langfristiges Engagement geht. Dabei geht es vielfach um Nachwuchs oder die Vergrößerung des aktiven Kreises, bisweilen stehen auch Wünsche nach breiterem Rückhalt sowie Vorstellungen einer gesamtgesellschaftlichen Verantwortung Pate. Das Label „ländlicher Raum“ gilt dabei als Prädikat für besondere Schwierigkeiten; Strukturrückbau, entleerte Räume, Überalterung, Brain-Drain = zu wenig Engagierte – um nur einige Stichworte zu nennen. Dahinter liegt häufig die (städtisch geprägte) Vorstellung, für erfolgreiches langfristiges Engagement braucht es unabdingbar gute Strukturen und eine größere Bevölkerungsdichte. Pointiert: „Wenn wir viele sind, dann wird es gut. Auf dem Land gibt es wenige und wenig, darum wird es nichts - oder zumindest nicht richtig gut.“

Die Beschreibung des ländlichen Raumes mag unstrittig sein, zweifelhaft ist jedoch ein Teil der landläufigen Bewertungen und Interpretationen.¹ Anders gefragt: Würde die ansässige Bevölkerung die gleichen Schlüsse ziehen? Spätestens hier beginnen also Widerspruch und Einladung zum Perspektivwechsel.

Der aktuelle Freiwilligensurvey der Bundesregierung attestiert den Bewohner_innen ländlicher Räume ein weitaus höheres ehrenamtliches Engagement als jedem Ballungszentrum.² Ein eindeutiger Unterschied zwischen West und Ost zeigt sich in den absoluten Zahlen, jedoch nicht im grundsätzlichen Verhältnis der Freiwilligen: Auf dem Land gibt es mehr Engagierte als in der Stadt – und es ist egal, auf welcher Seite der ehemaligen innerdeutschen Grenze die ländliche Region liegt. Nachdrücklich festzustellen ist allerdings, dass dies häufig weniger mit fröhlichen Klischees von dörflichem Zusammenhalt zu tun hat, sondern oft eine zähneknirschende Tugend ist aufgrund handfester, struktureller Not: Das Ehrenamt fungiert auch als Ausfallersatz. Jedes neue Engagementangebot „konkurriert“ also mit Bestehendem, egal ob in Angelverein, Kinderturnen oder Kommunalpolitik. Bündnisse werben im ländlichen Raum nicht nur um zeitliche, strukturelle oder finanzielle Kapazitäten, sondern auch um dieselben Menschen – manchmal sogar mit der NPD.

Fest steht, dass sich die Lebens- und Arbeitswelt nicht nur in den ländlichen Regionen der östlichen Bundesländer maßgeblich verändert hat. Verschwanden im Osten bisherige Strukturen vielfach ersatzlos seit der Wende, gelten neben dem ehemaligen Zonenrandförderungsgebiet etliche abgelegene Regionen z.B. Baden-Württembergs und die Eifel als ebenfalls kritisch. Kreisgebietsreformen als Versuche, finanzieller und struktureller Schrumpfungsprozesse Herr zu werden, bedeuten vor Ort vielfach längere Wege, Identitätsverlust, Benachteiligung. Auch Gemeindehochzeiten sind selten Zeichen von Sympathiebekundungen. Tritt ein Bündnis an, kann die Frage „Wer macht noch mit?“ also durchaus Brisanz entwickeln.

Auf welche Themen und auf welche Kommunikations- und Engagement-Tradition stößt man in den jeweiligen Kommunen? Ist es ein Ort, in dem sich Menschen (trotzdem) in Vereinen, Feuerwehren, Dorffesten einbringen und Interesse an der Gestaltung ihres Zusammenlebens haben? Stehen sie in regelmäßiger oder zumindest anlassbezogener Kommunikation zueinander? Dann gibt es häufig eine Beteiligungsgewohnheit, die die Einladung in ein Bündnis erleichtern kann. Eine Möglichkeit hier kann auch eine Kooperation sein: In welcher Struktur oder bei welchem Grundthema des Ortes ist das Ziel des Bündnisses/der Initiative bspw. anschlussfähig? Anders gestaltet es sich in Orten, deren Einwohner_innen wenig miteinander zu tun haben, in denen Kommunikationswege verschüttet sind, wo das Leben nach einem Arbeits- und Schultag in der nächsten Stadt eher in geschlossenen Privaträumen stattfindet. Wenn darin die mehrheitliche Gewohnheit besteht, wird diese nicht sofort für ein Bündnis gebrochen werden. Hier bedeutet ein Bündnis unter Umständen nicht nur ein neues Thema, sondern einen gewissen Traditionsbruch.

Wofür also lohnen sich weite Wege, ein Abend außer Haus, ein Parallel-Engagement

oder auch ein allererstes? Je anschaulicher eine Idee, je konkreter die Aufgaben, desto besser wissen Angesprochene, worauf sie sich einlassen und können sich entscheiden. Häufig haben es temporäre Aktionen und Initiativen mit einem singulären Ziel, z.B. gegen ein Rechtsrockkonzert oder einen Immobilienerwerb leichter, das Engagement begrenzt sich sachlogisch. Das Interesse vieler Bündnisse ist jedoch, sich langfristig und für etwas einzusetzen. Häufig schildern gerade diese Initiativen ein Wegbrechen von Aktiven im Laufe der Zeit und Schwierigkeiten in der Nachwuchsgewinnung. Die Gründe für die Beendigung eines persönlichen Engagements sind ebenso verschieden wie für den Beginn. Die Erwartung mancher Engagierter, Ehrenamtlicher, Hauptamtlicher und Politiker_innen ist demgegenüber häufig eine moralische: Letztendlich geht es um Demokratie und da ist Engagement eigentlich selbstverständlich. Mit dem Demokratieengagement ist es jedoch wie mit dem Verzehr von Obst und Gemüse: Es schmeckt, im Gegensatz zu Demokratie ist es sogar käuflich, die Vorteile des gesunden Konsums sind wissenschaftlich erforscht und sichtbar – und trotzdem wirbt ein eigener Verein mit viel Prominenz, teurer Plakatkampagne und einer Internetplattform dafür³. „Alle“ wissen, dass es richtig ist, aber das ist offensichtlich kein Grund, tatsächlich aktiv zu werden. Zurück zur Demokratie: Moral und Vernunft allein sind keine ausreichenden Handlungsbegründungen, weder für den Obstkonsum noch für demokratisches Engagement. Ausgangspunkt für demokratisches Engagement ist ein Bezug zum Thema und die Frage: „Macht mein Handeln Sinn?“. Hier gibt es zwei Antworten: ein Ja und die Erklärung, warum – oder die Einladung zum Gespräch: „Wie müsste es sein, dass es für Sie Sinn ergibt?“. Nicht zuletzt: Eine gute Taktik ist, was Spaß macht. Freude an der Aktion nimmt einem Thema keinesfalls die Ernsthaftigkeit. Ebenfalls ein guter Gradmesser: Wofür würden „wir“ selbst noch einmal losgehen? Abstraktion ist nicht einladend, Erdbeeren klingen verlockender als Obst. Wozu genau lädt z. Bsp. ein Bündnis für Demokratie ein? Was bedeutet das Thema Demokratie für die Einwohner_innen und was sind ihre Erfahrungen? Was ist ein „Bunter Ort“?

Für die Gewinnung von Mitstreiter_innen gibt es kein Patentrezept und keine kurzfristige Methode. Das Ziel, Menschen für eine Aktion zu mobilisieren, wird zunächst einen Kreis von wenigen mit sehr viel Arbeit versorgen. Wenn ein Bündnis auf breite Füße gestellt und damit von vielen getragen werden soll, braucht es ein anderes Maß an Offenheit und Zeit. Wenn eine Ressource (Mitstreiter_innen) in großem Umfang genutzt oder überhaupt erst erschlossen werden soll, braucht es eine andere (Zeit), um dies zu ermöglichen. Je mehr Menschen sich im Sinne einer Aktivierung beteiligen, desto vielfältiger können Ideen werden und entsprechend länger dauert das Aushandeln von Umsetzungswegen. Dann liegt der demokratische Zugewinn und Erfolg weniger in der temporär begrenzten Zielaktion, sondern in dem offenen,

interessierten, von Augenhöhe geprägten und geduldigen gemeinsamen Weg dahin. Es bedeutet langfristig eine Aktivierung von Menschen, die auch nach der konkreten Aktion weiter wirken kann. Dies zeigt sich nicht unbedingt in einer unendlichen Kette neuer Ideen und Aktionen, sondern findet sich im Alltag in einer veränderten Kommunikation in der Gemeinde, in neuen Kontakten, anderen Sichtweisen: Aktivierung bedeutet (Klima-)Veränderung.

Bündnisse benötigen Aktive und zwar nicht viele, sondern so viele, wie nötig. Wichtig ist also die Klärung, was genau erreicht werden soll und woran die eigene Wirksamkeit gemessen wird. Die kreativen, subversiven und innovativen Ideen entstehen eher im kleinen Kreis und nicht in der Masse. Der Zugewinn von Menschen ist eine Entwicklungsgeschichte. Die Erfahrung zeigt, dass Menschen sich für Themen gewinnen lassen, die mit Neugierde, Betroffenheit oder persönlichem Bezug besetzt sind. Auf der Suche nach Mitstreiter_innen besteht folglich eine Hauptaufgabe darin, Bezüge herzustellen. Ein Schlüssel dafür ist neben Aktionen, die bekannt machen, Kommunikation – geprägt durch eine fragende Haltung, weniger in großen Runden, sondern im persönlichen Gespräch.

Die geringere Bevölkerungsdichte im ländlichen Raum ist ebenso unstrittig wie die ausgedünnten Strukturen. Dies aber z.B. mit geringerem Erfolg und Engagement gleichzusetzen, sagt wenig über die Realität aus, sondern offenbart eher die (verdeckte) Vergleichsgröße „Stadt“ bzw. bestimmte Vorstellungen von Formen, Möglichkeiten und Motivationen für Engagement. Was in urbanen Räumen funktioniert, kann außerhalb scheitern. Die mangelnde Übertragbarkeit ist jedoch nicht dem ländlichen Raum anzulasten. Für die Gewinnung neuer Mitstreiter_innen bedarf es unabdingbar Kenntnis über die Sprache, die Gewohnheiten, die (Lebens-)Realität des jeweiligen Ortes. Nicht zuletzt stellen sich die Fragen: Was bietet der ländliche Raum? Was geht nur hier? Wo liegen die Stärken? Wie nutzen wir das, was wir haben, effizienter? Die Herausforderung besteht darin, die vorhandenen Möglichkeiten anderes als bisher zu nutzen und sich in einigen Fällen auch von bestimmten (stadtgeprägten) Ideen zu verabschieden, um Platz zu schaffen für neue Sichtweisen und Impulse.

¹ Ein prominentes Gegenbeispiel ist das strukturschwache, dünn besiedelte und als konservativ geltende Wendland, in dem es den jeweiligen Bundesregierungen aufgrund des Widerstands seit fast 40 Jahren nicht gelungen ist, ein Endlager für Atommüll einzurichten.

² BMFSFJ 2009, 26.

³ 5 am Tag e.V., www.5amtag.de.

Empfehlungen zum Weiterlesen:

Handbuch für Lokale Bündnisse gegen Rechtsextremismus. Freiwilligen-Agentur Halle-Saalkreis e.V., Landeszentrale für politische Bildung Sachsen-Anhalt (Hg.) 2012. Sowohl online als auch gedruckt erhältlich bietet es besonders für die Fragen zu klassischen Herausforderungen von Bündnissen hervorragende Arbeitshilfen.

Community Organizing. Leo Penta (Hg.) 2007.

Wie lassen sich Mitstreiter_innen für gemeinsame Anliegen finden, wie kann Zivilgesellschaft gestärkt werden? Das Buch liefert grundlegende Beiträge zum Ansatz des Community Organizing, der Menschen dauerhaft miteinander vernetzt, um effektiv Einfluss nehmen zu können.

www.buergergesellschaft.de/politische-teilhabe/modelle-und-methoden-der-buergerbeteiligung/planungsprozesse-initiieren-und-gestaltend-begleiten/gemeinwesenarbeit-gwa-stadtteilarbeit/106195/

Der Ansatz der Gemeinwesenarbeit bietet durch seine Perspektive wertvolle Hinweise für die Arbeit von Bündnissen, mehr Rückhalt und Interesse in ihrer jeweiligen Kommune zu generieren.

„Hakenkreuze in der Bastelstunde“ – Herausforderungen in Kindertagesstätte und Schule

von Cornelia Neumann (RAA Regionalzentrum für demokratische Kultur Westmecklenburg)

Hakenkreuze und andere rechtsextreme Symboliken sind im schulischen Bereich keine Seltenheit. Eher ungewöhnlich ist dieses Thema auf den ersten Blick in Kindertagesstätten. Auf den zweiten Blick ergibt sich auch hier mittlerweile ein anderes Bild.

In diesem Zusammenhang richtet sich der Fokus erst einmal auf die Kinder und Jugendlichen. Die öffentliche Darstellung von rechtsextremen Symboliken und Äußerungen spiegelt häufig unterschiedliche Einflüsse z.B. aus Medien oder dem persönlichen Umfeld sowie eine Form der Provokation wider. Daneben agieren aber auch Schüler_innen, die bereits selbst in der rechtsextremen Szene aktiv sind.

Im Bereich der Schulen gibt es inzwischen vielfältige Erfahrungen der Auseinandersetzung mit der Thematik, von der unmittelbaren Intervention bis zu präventiven Konzepten. Bewährt haben sich insbesondere langfristige Formen der Auseinandersetzung und Strategien, die eine demokratische Schulkultur fördern und Demokratie im Alltag erfahrbar machen. In Kindertagesstätten werden dagegen erste Erfahrungen gesammelt und nutzbar gemacht.

Vor dem Hintergrund der regionalen Ausprägung rechtsextremer Strukturen und Aktivitäten erweitern sich die Herausforderungen für die Bildungseinrichtungen langfristig und hier eben nicht nur für Schulen, sondern auch für Kindertagesstätten und Horteinrichtungen. Vor allem in ländlichen Regionen, in denen sich Rechtsextreme angesiedelt haben, eigene Familien gründen und leben, war dies zu erwarten. Schon lange begrenzt sich das Problem nicht mehr nur auf Kinder und Jugendliche. Es stellt sich viel breiter dar und tangiert weitreichende Handlungsfelder, die an Mitarbeiter_innen und Träger von pädagogischen Einrichtungen dauerhafte Anforderungen stellen werden.

Neben rechtsextremen Orientierungen, weitreichenden Einstellungs- bzw. Zustimmungspotenzialen, auch bei Erwachsenen, sind die Einrichtungen mittlerweile mit Eltern/Großeltern konfrontiert, die aktiv in rechtsextremen Gruppierungen und Organisationen mitwirken und ihre Söhne und Töchter in diesem Sinne erziehen. Die Kinder besuchen den Kindergarten, den Hort, die Schule. Ihre Eltern engagieren sich in

den Einrichtungen bzw. in den Elternvertretungen, in Schul- und Sportvereinen. Sie hinterfragen häufig die pädagogische Arbeit in Kita und Schule, den Kindern wird in vielen Fällen die Teilnahme an bestimmten Veranstaltungen untersagt.

Ein weiteres Themenfeld stellen inzwischen Bewerber_innen bzw. Mitarbeiter_innen in pädagogischen Berufen dar, die im Privatbereich aktiv in rechtsextremen Organisationen unterwegs sind. Auch einzelne Anträge zur Übernahme und zum Betreiben von Kindertagesstätten durch Rechtsextreme gab es bereits. Die Arbeit im Erziehungs- und Sozialbereich erscheint attraktiv und wird innerhalb der rechtsextremen Szene beworben, um z.B. deutsche Familien in ihrer Erziehung zu begleiten. Hier werden weitreichend nutzbare Ressourcen für die „nationale Sache“ gesehen.

Gleichzeitig sitzen Rechtsextreme in vielen Kommunalvertretungen und deren Ausschüssen. Dadurch haben Sie Einblick in Strukturen, sind lokal präsent und bringen auch Themen wie Familie, Bildung oder die Situation der örtlichen Kita auf die Tagesordnung. Sie bieten diesen nicht selten öffentliche Unterstützung in Form von Geldspenden bzw. materieller oder handwerklicher Art an.

Betroffen von den Problematiken sind in der Regel unmittelbar die genannten Bildungseinrichtungen und deren Träger, aber darüber hinaus auch die Kommunen mit ihren sozialen und strukturellen Zusammenhängen.

Die kurze allgemeine Darstellung macht deutlich, welche Breite der Themenfelder dabei tangiert wird. Dies betrifft insbesondere gesetzliche Regelungen (Elternrechte, Schulgesetz, Kindertagesförderungsgesetze, Arbeitsrecht, Vereinsrecht usw.) sowie die unmittelbaren Aufgaben, wie die pädagogische Ausrichtung und Arbeit, Elternarbeit und Elternengagement. Mitarbeiter_innen, Einrichtungen und Träger bewegen sich im Spannungsfeld zwischen gesetzlichem Auftrag, Eltern- und Kinderrechten, Trägerintension, lokaler Verortung und Problembearbeitung.

Eine Auseinandersetzung mit der Thematik Rechtsextremismus gestaltet sich im ländlichen Raum häufig sehr schwierig. Hier bestehen enge soziale Bezüge. Man kennt sich und begegnet sich täglich, auch außerhalb der Arbeitswelt. Rechtsextreme betreiben bewusst über lange Zeiträume eine Strategie der lokalen Verankerung und werden über diesen Weg als netter Nachbar und engagierter Einwohner wahrgenommen. Eine öffentliche Darstellung und Diskussion der Problematik ruft dann in vielen Fällen Befürchtungen hervor, das Image der genannten Personen wie auch das eigene oder das Image der Kommune bzw. des Trägers zu beschädigen. Auch Ängste vor Bedrohung und Gewalt sind erheblich. Die Erfahrung in vielen Bildungseinrichtungen und Gemeinden zeigt aber, dass ein offener und angemessener Umgang mit der Thematik notwendig ist und durchaus positive Wirkung entfaltet. Werden Probleme als zu gering eingeschätzt oder nur kurzfristig bearbeitet, führt das

häufig zu ihrer Verstetigung und erschwert die weitere Auseinandersetzung damit bzw. die Bearbeitung dauerhaft.

Für den Umgang mit Rechtsextremismus gibt es auch für den Kita- und Schulbereich keine Patentrezepte. Das Anforderungspotential in der täglichen pädagogischen Arbeit der Erzieher_innen und Lehrer_innen ist sehr hoch. Zum einen muss der umfangreiche Bildungsauftrag umgesetzt werden, zum anderen müssen die Bedürfnissen und Potenziale der Kinder und Jugendlichen Berücksichtigung finden. Im Kitabereich wird dazu eine sehr enge Zusammenarbeit mit den Eltern eingefordert. Die Konfrontation mit rechtsextremen Aktivitäten und Elternteilen erzeugt zusätzlich erhebliche Verunsicherung, insbesondere wenn entsprechende Kenntnisse oder ein abgestimmter Umgang mit der Situation fehlen.

Eine Anerkennung des Problems als solches, im Team/Kollegium und beim Träger der Einrichtung, ist ein erster wichtiger Schritt, um notwendige und angemessene Umgangsstrategien und Handlungssicherheit zu entwickeln. Bei bestimmten Sachlagen bleibt eine kurzfristige Intervention unumgänglich. Auf Dauer erweisen sich aber Vorgehensweisen als tragfähig, die auf einer konkreten Beurteilung der Ausgangslage und der gemeinsamen Erarbeitung von angepassten Handlungsstrategien beruhen. Dabei ist es von Bedeutung, jeweils einrichtungsspezifisch den notwendigen Handlungsrahmen abzustecken sowie die eigenen Kompetenzen, Ressourcen und Möglichkeiten auszuloten, um entsprechend der Problemlagen Handlungsoptionen zu entwickeln.

Bewährt haben sich die konkrete Betrachtung und Analyse der Situation. Eine genaue Definition des Problems als auch die Einschätzung seiner Dimension und Hintergründe sind wichtige Voraussetzungen für die weitere Bearbeitung, ebenso wie die Reflexion der bisherigen Umgangsweise damit in der Einrichtung. Aus dieser Vorgehensweise lassen sich z.B. die Bedarfe im Team/Kollegium (Fortbildungen usw.) sowie notwendige Informationswege und Verantwortlichkeiten ableiten und entsprechende Handlungsschritte planen. Sinnvoll ist es, diesen Prozess im Team oder Kollegium gemeinsam mit dem Träger und unter Beteiligung von Eltern zu führen. Die Arbeit vieler Kitas zur Demokratieförderung kann in diesem Rahmen nutzbar gemacht werden.

In der Problemerkörterung kann aber auch deutlich werden, dass dieses eine Größenordnung hat, die mit den Ressourcen der Einrichtungen bzw. der Träger allein nicht ausreichend zu bearbeiten ist. In diesen Fällen ist es hilfreich, Beratungseinrichtungen im Themenfeld Rechtsextremismus hinzuzuziehen, die es inzwischen in jedem Bundesland gibt. Hier können zusätzlich wichtige Informationen und Einschätzungen aber auch die Beratung und Begleitung im Prozess der Problembearbeitung angefragt werden.

Gleichzeitig bedeutet diese Einschätzung, sich angemessen nach außen zu öffnen: Die gemeinsame Beratung mit anderen Trägern vor Ort, der Kommune oder weiteren wichtigen Partnern sowie die Entwicklung einer gemeinsamen kommunalen Strategie im Umgang mit rechtsextremen Strukturen und Bestrebungen sind notwendig und angezeigt.

Empfehlungen zum Thema:

„Wo, wenn nicht hier?“ – Informationen zum Umgang mit Rechtsextremen an Schulen

Eine Informationsreihe des Kulturbüro Sachsen e.V., 2010

<http://www.kulturbuero-sachsen.de/index.php/dokumente/handreichungen.html>

Schule in der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus

<http://www.raa-brandenburg.de/PublikationenMaterialien/tabid/124/Default.aspx>

Kita-Beratung zur Demokratieförderung- gegen Rechtsextremismus, Stefan Brückner

Broschüre für Beraterinnen und Berater mit Materiallisten und Anwendungsbeispielen.

<http://www.kompetentvorort.de/informationen/literatur/>

Demokratie ist (k)ein Kindergeburtstag

Handreichung für Kindertagesstätten im Umgang mit Rechtsextremismus

<http://www.amadeu-antonio-stiftung.de/aktuelles/demokratie-ist-kein-kindergeburtstag>.

Nutzung untersagt. Mit Paragrafen Zeichen setzen.

von Steffen Dittes (Bildungsspektrum)

Die notwendige Auseinandersetzung mit Neonazismus darf einerseits nicht auf organisierte Strukturen beschränkt bleiben und muss stattdessen ebenso in der Gesellschaft verbreitete Einstellungsmuster und Versatzstücke rechtsextremer Ideologie in den Blick nehmen, sie darf andererseits auch nicht allein Aufgabe staatlicher Strukturen sein, die Zivilgesellschaft muss sie letztlich führen.

Erwartungen an den Staat und seine Institutionen, in der Regel mit repressiven Mitteln gegen Neonazismus vorzugehen, gehen schon deshalb – wenn sie alleine stehen – an der politischen Notwendigkeit vorbei und nur in den seltensten Fällen kann man sich auf einen rechtlichen Umgang mit dem Neonazismus zurückziehen. Dennoch können gesetzliche Regelungen und deren Inanspruchnahme durch die staatliche Verwaltung geeignet sein, das Ausbreiten des organisierten Rechtsextremismus zu stören oder dessen Wirkungsmacht und Wirkungsradius einzuschränken. Vorteile und Nachteile sind regelmäßig und im Einzelfall miteinander abzuwägen. Für Verbote von Versammlungen, Veranstaltungen oder Organisationen sprechen Mobilisierungseinschränkungen, fehlende Kollektivbindungen durch Veranstaltungen, fehlende Öffentlichkeit und ein drohender Verlust von Strukturen. Nachteile können sein, dass die notwendige Auseinandersetzung mit der ideologischen Grundlage des Neonazismus unterbleibt, keine Auseinandersetzung mit der gesellschaftlichen Mitte stattfindet und Menschen sich als Akteur gesellschaftlicher Veränderung zurücknehmen; demgegenüber können Solidarisierungseffekte eintreten und sich der Öffentlichkeit entzogene, verdeckte Strukturen aufbauen. Wichtig ist zudem, dass beispielsweise bei einem unterstellten Verbot von neonazistischen Strukturen und deren Versammlungen keine gemeinschaftliche politische Artikulation in der Öffentlichkeit durch antifaschistische Gegenaktivitäten mehr wahrnehmbar wird, obwohl mit Verboten neonazistische Einstellungen noch nicht einen Deut verändert wurden.

Der Schwerpunkt des Workshops lag im ordnungs- und kommunalrechtlich möglichen Agieren kommunaler Verwaltungen, wenn Neonazis versuchen, öffentliche Räume, private Räume und Immobilien für öffentliche Veranstaltungen, zur Mobilisierung sowie zur Selbstorganisation zu nutzen versuchen. Grundlage des Handelns staatlicher Verwaltung,

jenseits der auch von einer Verwaltung erwartbaren politischen Positionierung, sind notwendigerweise die Einhaltung des Willkürverbotes sowie die Grundsätze allen staatlichen Handelns: Gesetzesvorrang und Gesetzesvorbehalt. Im Bezug auf politische Parteien entwickelt sich aus Artikel 21 Grundgesetz und dem Parteigesetz nochmals ein zugleich höherer als auch konkreter Gleichbehandlungsgrundsatz, der aber bereits durch Artikel 3 Grundgesetz ausreichend ausgeprägt ist. Für die Vermietung kommunaler Einrichtungen kann sich die Kommune daher nicht auf die im Privatrecht übliche Vertragsfreiheit zurückziehen, auch dann nicht, wenn sie die kommunalen Räumlichkeiten in privatrechtlicher Organisationsform, zum Beispiel durch eine Immobilienverwaltungsgesellschaft mbH, nutzt oder bewirtschaftet. Der von einigen Kommunen aus diesem Grund gewählte Weg, um die NPD in kommunalen Räumen zu verhindern, die Nutzung für sämtliche Parteien auszuschließen, ist kritisch zu hinterfragen: Mit einem solchen Ausschluss wird letztlich der politische Prozess der demokratischen Meinungsbildung in den privaten Bereich abgedrängt. Als sinnvoller sind für alle möglichen Vertragspartner gleichlautende sachliche Voraussetzungen für die Nutzungen von öffentlichen Räumen anzusehen.

„Der Mieter bekennt mit der Unterschrift, dass die Veranstaltung keinen rechtsextremen, rassistischen oder antidemokratischen Inhalts haben wird. D.h., dass weder Inhalte vertreten werden, die geeignet sind, die Verbrechen des Nationalsozialismus zu verharmlosen, den Nationalsozialismus zu verherrlichen, das Andenken Verstorbener zu verunglimpfen bzw. sich gegen die Freiheit und Würde des Menschen bzw. den Gedanken der Völkerverständigung richten, noch Symbole, die im Geist verfassungsfeindlicher oder verfassungswidriger Organisationen stehen oder diese repräsentieren, verwendet oder verbreitet werden dürfen.“

Eine Vertragsklausel wie die oben stehende ist möglicherweise geeignet, die Bereitschaft zur Nutzung von öffentlichen Räumen durch neonazistische Organisationen von vornherein auszuschließen, in jedem Fall bietet sie aber bei Vorliegen eines festgestellten Verstoßes gegen die Vertragsklausel einen Ausschlussstatbestand für eine neuerliche Vermietung. Die Vertragsklausel ist in abgewandelter Form übertragbar für andere Nutzungssatzungen einer Gemeinde, zum Beispiel Sportstättenutzungssatzungen oder auch für Marktsatzungen zum Ausschluss von Produkten. Eine Ausweitung der Klausel, möglicherweise sogar im Fahrwasser der abzulehnenden Extremismustheorie, ist auch aus rechtlichen Gründen zurückzuweisen, da sie die Ausschlussklausel – im Gegensatz zur hier vorgeschlagenen – aus Strafrechtsnormen abgeleiteten Form politisch willkürlich ausgestaltet. Ähnliche Ausschlussklauseln, die in diesem Fall rechtlich sehr viel weiter gefasst werden können, sollten Kommunen den im Gemeindegebiet ansässigen Vermietern von Veranstaltungsräumen empfehlen, um unliebsame Überraschungen eines als Geburtstagsfeier getarnten Neonazi-Rockkonzertes auszuschließen bzw. um schnell

handlungsfähig zu sein. Wünschenswert wäre darüber hinaus eine klar nach außen dokumentierte Erklärung der Vermieter, nicht an Neonazis zu vermieten. Bei stattfindenden Veranstaltungen von Neonazis richten sich die rechtlichen Möglichkeiten für die Kommunen nach dem Thüringer Ordnungsbehördengesetz. Grundsätzlich haben die Kommunen als Ordnungsbehörden das Recht und gegebenenfalls auch die Pflicht, alle notwendigen Maßnahmen zu treffen, um eine im einzelnen Falle bestehende Gefahr für die öffentliche Sicherheit oder Ordnung abzuwehren. Diese können sehr vielschichtig sein: zum Beispiel Lärmbeeinträchtigungen, Behinderungen des öffentlichen Verkehrsraumes usw. und können auch zum Abbruch von Veranstaltungen führen, wenn der Verhältnismäßigkeitsgrundsatz berücksichtigt bleibt. Handlungsmöglichkeiten bestehen beispielsweise dann, wenn ein öffentliches Konzert nicht entsprechend in der nach § 42 Ordnungsbehördengesetz geltenden Frist von einer Woche der Kommune angezeigt wurde und damit erlaubnispflichtig wird. Öffentlich ist eine Veranstaltung unabhängig ihrer Bezeichnung immer dann, wenn eine Teilnahme nach Kenntnisnahme möglich ist. Erklärt die Ordnungsbehörde dann ein Konzert für nicht erlaubt, kann sie die Polizei im Rahmen der Amtshilfe zur Auflösung der Veranstaltung anfordern. Sollten Straftaten durch Teilnehmende begangen werden oder bevorstehen, hat die Polizei selbst die Verpflichtung, nach Polizeiaufgabengesetz einzuschreiten.

Immobilien in der Hand neonazistischer Strukturen sind ebenso wenig schön wie wenig selten. Derzeit verfügen Organisationen und Einzelpersonen aus dem unterschiedlichsten rechtsextremen Spektrum über neun Immobilien mit unterschiedlichsten Nutzungsmöglichkeiten in Thüringen. In der Regel erfahren antifaschistisch Engagierte vom Erwerb einer Immobilie durch Neonazis erst, wenn die Immobilie kurz vor der Nutzung steht. Dabei hat die Kommune zumindest die Möglichkeit, nach Kenntnisnahme von Grundstücksverkäufen zwischen Privaten die Ausübung eines kommunalen Vorkaufsrechtes zu prüfen. Das kommunale Vorkaufsrecht, im Baugesetzbuch oder im Denkmalschutzgesetz geregelt, dient der Sicherung der Bauleitplanung und von städtebaulichen Maßnahmen sowie der dauernden Erhaltung eines Kulturdenkmals. Es ist jedoch an enge Grenzen gesetzt und muss im Einzelfall sorgfältig geprüft werden. Diese Möglichkeit der Verhinderung des Immobilienerwerbs durch Neonazis prüfen zu können, setzt aber zweierlei voraus. Die Kommune muss sensibilisiert sein und zum Verkauf stehende Immobilien, die von besonderem Interesse für Neonazis und für öffentliche Veranstaltungen und Schulungsveranstaltungen nutzbar sind, im Gemeindegebiet kennen sowie über ausreichend Kenntnis verfügen über neonazistische Strukturen und deren Personen bzw. auf diese Kompetenzen im Zweifelsfall zurückgreifen können.

Die Präsentation zum Workshop „Nutzung untersagt. Mit Paragrafen Zeichen setzen.“ vom 22.06.2013 kann angefordert werden per E-Mail unter: mail@mobit.org.

Neonazis und Bürger_innen Hand in Hand: zum gemeinsamen Protest von Bürger_innen und Neonazis gegen ehemals sicherungsverwahrte Sexualstraftäter

von Martin Vesely (Miteinander e.V. Sachsen Anhalt)

Am 17. Dezember 2009 erklärte der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) in einem Urteil, dass die bis dato in Deutschland praktizierte nachträgliche Anordnung der Sicherheitsverwahrung nicht im Einklang mit der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) steht. Entscheidend hierfür ist Art.7 der EMRK, welcher besagt, dass niemand ohne Gesetz bestraft werden kann. Bei der nachträglichen Verhängung der Sicherheitsverwahrung ist dieser Grundsatz nicht mehr gewahrt. Es gibt eine neue Strafe, obwohl keine neue Straftat begangen wurde. Folglich wurde diese Praxis als menschenrechtswidrig eingestuft. Im Zuge der Umsetzung des Urteils in der BRD wurden nach 2009 bundesweit ca. 80 Personen entlassen, die aufgrund von Sexualstraftaten inhaftiert waren.

Protest gegen den Zuzug von zwei ehemaligen Sexualstraftätern im Altmarkdorf Insel

Im Juli 2011 ziehen zwei ehemalige Sexualstraftäter, die aufgrund der oben dargestellten Neuregelung entlassen wurden, in das zur Stadt Stendal gehörende Altmarkdorf Insel. Mitte August 2011 wird der Zuzug der beiden ehemaligen Gefangenen in der Gemeinde bekannt. Anfang September kommt es zu den ersten Demonstrationen gegen deren Aufenthalt in Insel, beteiligt sind ca. 100 Bürger_innen. Die Versammlungen finden direkt vor der Eingangstür des Hauses der beiden ehemaligen Sicherheitsverwahrten statt. Mit Trillerpfeifen und Trompeten fordern die Bürger_innen den Wegzug der neu hinzugezogenen Männer. Allen voran präsentiert sich der Inseler Ortsbürgermeister Alexander von Bismarck (CDU) als Wortführer der Protestierenden.

Am 11. September 2011 solidarisiert sich die Jugendorganisation der NPD, die Jungen Nationaldemokraten (JN), unter dem Motto „Insel – ein Dorf steht auf“ mit dem Protest: „[S]o merkt es hoffentlich der Eine oder Andere: Die Einwohner des Dörfchens Insel bei

Stendal fanden sich in diesen Tagen zu dem zusammen, was Millionen Deutsche seit Jahren suchen: einer starken Gemeinschaft, bereit, die Zukunft selbst zu gestalten und den Mut aufbringend, tatsächlich etwas verändern zu wollen¹. Derweil setzen sich die Proteste der Bürger_innen in Insel fort.

Gemeinsame Proteste von Neonazis und Bürger_innen

Bereits im September nehmen mehrfach Neonazis an den Protesten in Insel teil. Sie werden von den Bürger_innen auf den Versammlungen akzeptiert. Auf einer Kundgebung Ende September werden Transparente entrollt mit der Aufschrift „Problemlösung statt Problemverlagerung“, Schilder mit der Forderung „Todesstrafe für Kinderschänder“ werden hochgehalten. Die Bürger_innen stellen sich hinter die Transparente der Neonazis. Zwei Neonazis übersteigen einen Zaun und versuchen, zu dem Haus der beiden ehemaligen Häftlinge zu gelangen, die Polizei hält diese aber zurück. Ortsbürgermeister von Bismarck begrüßt den Anführer der Neonazis, Heiko Krause (NPD Tangerhütte), derweil per Handschlag und führt mit ihm ein „Abstimmungsgespräch“. In einem Fernsehinterview des MDR bezeichnet Bismarck anschließend die Neonazis als „Gäste“ und äußert keine Bedenken, gemeinsam mit ihnen zu demonstrieren.²

Über die ganze Zeit der Proteste hinweg formiert sich weder in Insel noch in Stendal zivilgesellschaftlicher Widerstand gegen die gemeinsamen Proteste von Bürger_innen und Neonazis. Einzelpersonen, die sich moderat äußern oder mit den ehemaligen Sexualstraftätern Kontakt suchen, werden ausgegrenzt und schließlich massiv bedroht und eingeschüchtert. Aufgrund der Beteiligung der Neonazis berichtet die Presse nun überregional von den Ereignissen. Allerdings gibt es vor Ort keine Vertreter_innen demokratischer Parteien, die sich trauen, unbequeme Wahrheiten auszusprechen, z.B., dass ein Wegzug der beiden Entlassenen wegen dem grundgesetzlich garantierten Recht auf freie Wohnortwahl nicht verhandelbar ist. Ein Grund dürfte darin liegen, dass moderate Äußerungen zum Thema Sexualstraftaten nicht gerade zur Popularitätssteigerung von Politiker_innen geeignet scheinen. Die Situation ist dennoch durch die Teilnahme der Neonazis in der Landespolitik angekommen. Teile der Landesregierung verkünden, dass sie sich an der Suche nach einer Wegzugslösung beteiligen wollen. Damit kommen sie den Forderungen der Bürger_innen, die gemeinsam mit den Neonazis demonstrieren, deutlich entgegen, die Proteste werden daraufhin zunächst ausgesetzt.

Wiederaufnahme der Proteste und strategische Gespräche

Da Anfang 2012 die beiden Männer unverändert in Insel wohnen, werden die Proteste wieder aufgenommen. In der Folge demonstrieren Bürger_innen wochenlang

gemeinsam mit Neonazis aus der organisierten Kameradschaftsszene und der NPD Sachsen-Anhalt. Bei den Kundgebungen werden die Neonazis wiederholt von den Bürger_innen mit Applaus begrüßt. Bürger_innen und Neonazis skandieren gemeinsam Parolen³. Die Anmelder_innen der Versammlungen führen zu Beginn der Kundgebungen strategische Gespräche mit den Anführern der Neonazis. Die Polizei erklärt, sie könne die Neonazis solange nicht von den Kundgebungen ausschließen, bis die Versammlungsleitung ihnen dazu ihr Einverständnis erklärt. Dazu kommt es nicht. Der NPD Landesverband Sachsen-Anhalt verkündet derweil in einer Erklärung vom 5. Februar 2012 einen Erfolg und seine weitere Präsenz in Insel: „Die Anwesenheit Waldes [Landesvorsitzender der NPD Sachsen-Anhalt] wurde sowohl von den Kameraden als auch von Anwohnern, welche die Möglichkeit hatten, mit ihm ins Gespräch zu kommen, wohlwollend und befürwortend zur Kenntnis genommen“⁴.

Neue Qualität der Normalisierung von öffentlicher Präsenz der Neonazis

Es ist nicht verwunderlich, dass die Proteste in Insel bei den Neonazis anknüpfungsfähig sind, treten diese doch seit Jahren mit populistischen Law and Order-Forderungen gegenüber Sexualstraftätern in Erscheinung. Die Proteste in Insel fanden – wie oben beschrieben – erst nach der medialen Berichterstattung über die Tolerierung von Neonazis bei den Kundgebungen einen Widerhall in der Landespolitik. Hier ist der fatale Eindruck entstanden, dass gesellschaftliche Akteurinnen und Akteure ihren an die Öffentlichkeit gerichteten Forderungen Nachdruck verleihen können, indem sie die Beteiligung von Neonazis an ihren Protesten tolerieren oder zu den Neonazis – wie in Insel geschehen – ein strategisches, instrumentelles Verhältnis pflegen. Hierdurch wurden rechtsradikale Kräfte nicht nur in ihrer menschenfeindlichen Ideologie bestärkt, sondern – was durchaus noch gravierender erscheint – politisch aufgewertet. Im Verlauf der Proteste kam es dann gar zu einer eintretenden Normalisierung der Interaktion von Bürger_innen und Neonazis. Wurde diese zunächst in der Presse noch skandalisiert, trat ein Gewöhnungs- und Normalisierungseffekt ein, nachdem wiederholt Bürger_innen und Neonazis gemeinsam demonstrierten. Mediale Skandalisierungen sowie verbale Interventionen der Zivilgesellschaft blieben mehr und mehr aus – oder traten gar nicht erst öffentlich zu Tage. Hier kann, zumindest lokal betrachtet, von einer neuen Qualität der Normalisierung neonazistischer Mobilisierungsformen und der Interaktion von Neonazis mit der bürgerlichen Mitte gesprochen werden. Den traurigen Höhepunkt dieser Interaktion bildete ein Aufmarsch am 29. September 2012 in Stendal, zu dem es eine überregionale Mobilisierung von NPD, JN, RNF (Ring nationaler Frauen) mit Einbindung der Bürger_innen aus Insel und Umgebung gab. Im Laufe des Aufmarschs schlossen sich zudem einige Stendaler Bürger_innen spontan an.

Mobilisierungsfähigkeit auch an anderen Orten

Anfang März 2012 kommt es im 7.800 Einwohner_innen zählenden Leck (Schleswig-Holstein) fast zur Erstürmung der Wohnung eines 18-Jährigen, der zuvor wegen einer Sexualstraftat verurteilt wurde. Die Protestierenden in Leck fordern dabei die Wiedereinführung der Todesstrafe. In einer spontanen Hetzrede wird davon gesprochen, dass der Täter „die Stufe des Menschseins verlassen und daher keinen Anspruch mehr auf irgendwelche Menschenrechte“ habe⁵. Im Nachhinein wird klar, dass lokale Neonazis die Proteste mit initiiert hatten und sich dann gemeinsam mit Bürger_innen an der versuchten Erstürmung des Hauses beteiligten. Auch in Leck formierte sich kein zivilgesellschaftlicher Widerstand gegen die gemeinsamen Proteste von Neonazis und Bürger_innen bzw. hielt sich die Empörung der bürgerlichen Öffentlichkeit deutlich in Grenzen.

Doch nicht nur in ländlichen Räumen ist das Thema für den rechten Rand mobilisierungsfähig. Im Hamburger Stadtteil Jenfeld formierte sich Anfang 2012 eine Bürgerinitiative gegen den geplanten Zuzug von drei Ex-Sicherungsverwahrten. Unter dem Motto „Hier ist kein Zuhause für die Herren W. und D.“ gingen dort im Januar 2012 mehrere hundert Bürger_innen auf die Straße⁶. Eine Teilnahme von organisierten Neonazis an den Protesten ist dort allerdings nicht bekannt geworden.

Fazit

Aufgrund der hohen emotionalen Aufladung des Themas ist ein Reagieren auf extrem rechte und menschenverachtende Mobilisierungen gegen ehemals sicherungsverwahrte Sexualstraftäter oftmals sehr komplex. Gerade in ländlichen Räumen – mit der bekannten Problematik einer schwach ausgeprägten Zivilgesellschaft – können die Proteste schnell an Dynamik gewinnen. Neonazis können hier entweder selbst Proteste initiieren oder relativ leicht an rechte Kampagnen aus der Mitte der Gesellschaft anknüpfen. Wenn – wie in Insel geschehen – die Politik erst reagiert, wenn Neonazis offen mitmischen, ist es für eine schlichtende Intervention oft längst zu spät.

Nicht aus dem Blick geraten sollte letztlich auch eine gesamtgesellschaftliche Betrachtung der Problematik sexueller Gewalt. In den wenigsten Fällen werden fremde Männer zu Tätern, meist findet sexuelle Gewalt im Bekanntenkreis oder in der Familie statt. So stellt auch Terre des Femmes fest: „Tatsächlich ist die weit verbreitete Vorstellung eines unbekanntes Täters, der einer Frau nachts in einer dunklen Ecke auf lauert, irreführend. Dies ist lediglich bei 14,5% der bekannten Vergewaltigungen der

Fall. In der Mehrheit der Fälle stammt der Täter aus dem Bekanntenkreis oder ist der aktuelle oder ehemalige Partner⁷. Dies legt den Schluss nahe, dass die Folgen der patriarchalen Gesellschaftsordnung, vor allem innerhalb der bürgerlichen Kleinfamilie, insgesamt doch das größere Problem darstellen, als – wie in Insel – zwei unter Polizeibeobachtung stehende entlassene Sexualstraftäter.

¹ <http://jn-buvo.de/index.php/sachsen-anhalt/82-weitere-verweise/1604-insel--ein-dorf-steht-auf>

² Vgl. <http://www.youtube.com/watch?v=srz50tEQcHQ>

³ Auf der Kundgebung am 04.02.2012 skandiert eine Gruppe von Neonazis „Ein Bruch, ein Strick, ein Schändergenick“.

⁴ Vgl. <http://www.npd-sachsen-anhalt.de/index.php/aktuelles/185-insel-proteste-bekommen-prominente-unterstuetzung-aus-der-npd>

⁵ Siehe: <http://www.ndr.de/regional/schleswig-holstein/leck105.html> oder <http://www.sueddeutsche.de/leben/protest-gegen-jugendlichen-sexualstraftaeter-menschenauf-lauf-fordert-todesstrafe-1.1302098>

⁶ Siehe: <http://www.welt.de/regionales/hamburg/article108332522/Kita-mit-Ex-Sicherungsverwahrten-als-Nachbarn.html>

⁷ Vgl. <http://frauenrechte.de/online/index.php/themen/tdf-positionen/tdf-allgemein/771-terre-des-femmes-zu-den-slutwalks.htm>



MOBILE BERATUNG IN THÜRINGEN.
FÜR DEMOKRATIE –
GEGEN RECHTSEXTREMISMUS



Kontakt:

Beratungsteam MOBIT
Pfeiffersgasse 15
99084 Erfurt
Telefon: 03 61 21 92 694
E-Mail: mail@mobit.org

mobit e.V. – Trägerverein
Warsbergstraße 1
99092 Erfurt
Telefon: 03 61 59 61 200

Lektorat, Redaktion und Satz:
Susanne Haldrich, www.textei.com

Erfurt, im Oktober 2013

mit finanzieller Unterstützung von:

